

vorwärts

DIE ZEITUNG DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE ■ GEGEN

Landtagswahlen
im März 2021

Unsere
Spitzenkandidaten
Malu Dreyer und
Andreas Stoch

Seite 11 + 16

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE WENDE
**UNSERE POLITIK
FÜR MENSCH UND
UMWELT**

Blick in die Ferne: Rheinlandschaft bei Duisburg, hinten das Thyssenkrupp-Stahlwerk
in Bruckhausen, vorn die Rheinbrücke Neuenkamp der Autobahn A40

vorwärts

LÄSST UNS EINEN WALD PFLANZEN!



**JETZT E-PAPER
WEITER-
EMPFEHLEN!**



E-PAPER LÄSST BÄUME WACHSEN.

Für je 20 neue E-Paper-Abos spendet der »vorwärts« einen Baum.
Die Bäume werden in Deutschland gesetzt. Also trommel laut für das E-Paper
und lass uns einen Wald pflanzen!

www.vorwärts.de/epaper-abo

THEMEN IN DIESEM HEFT



Malu Dreyer: Sie kämpft um jede Stimme.

S. 11

TITEL

- 4 **»MEIN ANSPRUCH IST: WEICHEN STELLEN«**
Interview mit SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz
- 6 **KLIMARETTUNG IN STADT UND LAND**
Hier hat die Zukunft schon begonnen – gestaltet von Mitgliedern der SPD
- 8 **WIR MÜSSEN TREIBER SEIN BEIM KLIMASCHUTZ**
Neuer SPD-Arbeitskreis in Bremen
- 9 **WARUM WIR MEHR FANTASIE WAGEN MÜSSEN**
Eine linke Vision von Paul Mason

AKTUELL

- 10 **JOHANNES RAU IST HEUTE AKTUELLER DEN JE**
Von Norbert-Walter-Borjans
- WIR BRAUCHEN MEHR AUFKLÄRUNG** – Interview mit Martin Schulz, neuer Chef der Ebert-Stiftung
- 11 **»DIE SPD HAT ANTWORTEN«** – Interview mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer vor der Wahl
- 12 **SO HILFT DIE SPD BEI CORONA-IMPFTERMINEN**
SPD-Abgeordnete unterstützen ältere Menschen
- EIN VEREIN KÄMPFT FÜR TOLERANZ**
Aktionen gegen rechts: Hanau



Andreas Stoch (r.): Er wil im Südwesten regieren.

S. 16

PARTEI LEBEN!

- 13 **VIER MISSIONEN, EIN GROSSER PLAN**
Die Jahresauftaktklausur der SPD
- 14 **HEIMATHAFEN FÜR POLITIK-INTERESSIERTE**
Hamburgs digitaler Ortsverein »Dockland«
- 15 **DER WAHLZETTEL BLEIBT PFLICHT**
Die digitale Nominierung von Kandidierenden
- 16 **DER KÄMPFER FÜR BILDUNG UND SOZIALES**
Porträt des SPD-Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg Andreas Stoch

WIRTSCHAFT

- 22 **WEIL ES UM MENSCHENRECHTE GEHT**
Das Lieferkettengesetz

KULTUR

- 23 **»FÜR UNSERE DEMOKRATIE ENTSCHEIDEND«**
Heike Raab über die Öffentlich-Rechtlichen
- DIE FREIHEIT VERTEIDIGEN!** – Buchrezension

HISTORIE

- 24 **SPD PRANGERT VERBRECHEN DER NAZIS AN**
Das Manifest des Exil-Vorstandes der SPD 1936
- 25 **WER WAR'S?** – Historisches Bilderrätsel

KOLUMNEN

- 18 **GLOBAL GEDACHT** – Rafael Seligmann
- 19 **UNSER EUROPA** – Kay Walter
- 26 **DAS ALLERLETZTE** – Martin Kaysh

IN KÜRZE

- 20 **BUNDESTAGSFRAKTION**
- 21 **LESERBRIEFE**
- 24 **IMPRESSUM**
- 25 **RÄTSELSEITE**

DIESMAL MIT VORWÄRTS-SPEZIAL »EUROPA« IN DER HEFTMITTE

In Kooperation mit der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)



Redaktionsschluss 08. Februar 2021

Die nächste Ausgabe erscheint am 03. April 2021.

BONUS-INHALTE IM E-PAPER

- Was lässt sich vom digitalen Distrikt »Dockland« lernen?**
Video-Interview mit den Vorsitzenden
- Warum muss die SPD in Baden-Württemberg regieren?**
Video-Statement von Spitzenkandidat Andreas Stoch



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Corona-Krise dauert länger als die meisten von uns erwartet haben. So beschäftigen wir uns viel mit dem Hier und Jetzt und vergessen dabei, dass mit der Pandemie der Klimawandel nicht verschwunden ist. Den müssen wir aber so schnell wie möglich stoppen, damit wir, unsere Kinder und Enkel noch eine gute Zukunft auf unserem Planeten haben. Auch die Digitalisierung schreitet weltweit voran.

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat dieser Tage deutlich gemacht, dass er einen sehr guten Plan hat, wie Deutschland das Klima schützen und in der aktuellen Industriellen Revolution wettbewerbsfähig bleiben kann. Und er zeigt den Ehrgeiz und den Willen, diese – wie er selbst sagt – „gigantische Aufgabe“ gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu meistern.

Mit den „Zukunftsmissionen für unser Land“, die der Parteivorstand bei der Jahresauftaktklausur beschlossen hat, will Olaf Scholz Deutschland in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts sozial-ökologisch modernisieren und neue Arbeitsplätze schaffen. Denn anders als bei den Grünen werden bei der SPD die Menschen mitgedacht. Niemand soll auf der Strecke bleiben. So sollen die technologischen Umbrüche mit weitreichenden Weiterbildungsmöglichkeiten und weiterhin gut bezahlten Jobs begleitet werden.

Der sozial-ökologische Gedanke ist der SPD nicht neu. Sie war immer die Partei des Fortschritts und des Zusammenhalts, man denke nur an Willy Brandts Ziel vom „blauen Himmel über der Ruhr“, das er schon 1961 ausgab. Dass man der Sozialdemokratie heute wieder diese Zukunftskompetenz zutraut, bedarf aber auch des Engagements aller in der Partei. ■

Bleiben Sie gesund.

Herzlich, Ihre

Karin Nink

Chefredakteurin



Fortschrittliche Energie in Hamburg: eine „Power to Gas Anlage“. Sie speist – aus überschüssigem Windstrom – Wasserstoff in das Erdgasnetz ein.

»MEIN ANSPRUCH IST: WEICHEN STELLEN«

OLAF SCHOLZ Bis 2050 soll Deutschland klimaneutral wirtschaften. Der Kanzlerkandidat sagt, warum es beim Umbau besonders auf die SPD ankommt

Interview Kai Doering

Die SPD ist in ihrer fast 160-jährigen Geschichte immer eine Partei des Fortschritts. Was bedeutet das im 21. Jahrhundert?

Das Gleiche wie vor 1863: Wenn wir es richtig und mit Zuversicht angehen, machen wir unser Leben besser und unser Zusammenleben gerechter. Unser Land steht vor großen Veränderungen. Wie wir leben, arbeiten und produzieren – all das wandelt sich.

Wirtschaftliches Wachstum, technischer Fortschritt und erstklassige Forschung – dafür ist Deutschland bekannt. Kann das so bleiben?

Im Dezember habe ich die Impfstoff-Hersteller Biontech in Mainz besucht. Zusammen mit Malu Dreyer habe ich mich mit den beiden Gründern Özlem Türeci und Ugur Sahin unterhalten, mir den Betrieb angeschaut und mir ihre Forschungsarbeit erläutern lassen. 20 Jahre haben sie Grundlagenforschung betrieben, mit Geld aus der Privatwirtschaft und einer breiten Unterstützung aus öffentlichen Forschungsmitteln. Es ist für mich eine Geschichte mit Happy-End, dass sie ausgerechnet im Jahr der Corona-Pandemie fertig geworden sind. Der erste in Europa zugelassene Impfstoff kommt aus Deutschland. Das zeigt, Deutschland kann das alles auch in einer sich verändernden Welt.

Im Bundestagswahlkampf 1961 formulierte Willy Brandt das Ziel des „blauen Himmels über der Ruhr“. Für ihn war Umweltschutz, Menschenrecht und eine Gerechtigkeitsfrage. Wie sieht das 60 Jahre später in der SPD aus?

Heute liegt es allein am Wetter, ob der Himmel über der Ruhr blau ist. Das ist echter Fortschritt. Jetzt haben wir es aber mit der Klimaerwärmung zu tun. Auch dabei geht es nicht nur um Umwelt- und Klimapolitik, sondern auch um Gerechtigkeitsfragen. Unser Ziel ist klar: Bis 2038 steigen wir aus der Kohle aus, bis 2050 wird Deutschland klimaneutral wirtschaften. Das wird gelingen mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energienetze, mit dem Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft, mit moderner Mobilität, mit Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse und mit der Modernisierung von Gebäuden. All das sichert zugleich unseren Wohlstand und Arbeitsplätze.

Seit Anfang des Jahres wird in Deutschland eine CO₂-Abgabe erhoben, die Sprit und Heizen teurer macht. Viele empfinden diese Belastung als ungerecht. Was sagen Sie denen?

Der Ansatz ist richtig: Was dem Klima schadet, muss schrittweise teurer werden. Umgekehrt sind Bahntickets günstiger geworden, der Kauf von E-Autos wird mit Prämien unterstützt – und

Städte und Gemeinden können finanziell profitieren, wenn sie Windräder betreiben.

Einen Haken hat die Sache aber, wenn Kosten einfach weitergereicht werden können. Wenn sich ein Vermieter entscheidet, die alte Ölheizung weiterlaufen zu lassen, ist es ungerecht, wenn die steigenden Kosten allein die Mieter zu tragen haben. Deshalb brauchen wir hier eine Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Mietern und Vermietern. Dafür setze ich mich ein.

»
Wie wir leben,
arbeiten
und produzieren
– all das
wandelt sich.«

Olaf Scholz

Die Automobilindustrie ist seit Jahrzehnten prägend in Deutschland, ebenso die Stahlindustrie. Welche Rolle spielen diese Industriezweige in einer CO₂-neutralen Zukunft noch?

Beide Industrien bleiben sehr wichtig – müssen sich aber natürlich verändern. Die Produktion von Stahl kann mit Wasserstoff CO₂-neutral werden. Den Lkw-Verkehr können wir mithilfe eines ausgebauten Tankstellennetzes auf Wasserstoff umstellen. Beim privaten Autoverkehr muss der Umstieg auf klimafreundliche Antriebe endlich gelingen, und wir müssen den öffentlichen Nahverkehr genauso wie Radwege ausbauen.

Industrie- und Wirtschaftspolitik finden nicht im luftleeren Raum statt. Was bedeuten all diese Veränderungen für die Gesellschaft?

Die Bürgerinnen und Bürger wollen von uns wissen, wie wir unser Land durch die 20er Jahre führen wollen, welchen Plan wir haben. Gerade erstellen wir unser Regierungsprogramm. Das Thema Respekt ist mir dabei sehr wichtig. Das ist eine brandaktuelle Frage, wenn wir über Corona-Helden reden und über gute Löhne für Beschäftigte in der Pflege oder im Einzelhandel. Das dürfen jetzt keine Lippenbekenntnisse in der Krise sein, sondern da muss sich dauerhaft was ändern. Außerdem geht es um Anerkennung – etwa für den Lagerarbeiter, für die Handwerkerin oder den Altenpfleger, die Verkäuferin im Lebensmittelgeschäft. Niemand sollte sich für etwas Besseres halten, weil sie oder er



Olaf Scholz: „Wenn wir den menschengemachten Klimawandel aufhalten wollen, setzt das echte technologische Innovationen voraus.“

**FÜR MENSCH
UND UMWELT**

vielleicht einen Weg mit akademischer Ausbildung gegangen ist oder viel Geld verdient.

Respekt ist nichts, was die Politik verordnen kann. Wie wollen Sie eine Gesellschaft des Respekts erreichen?

Eine Gesellschaft des Respekts hat mit besseren Löhnen und Gehältern zu tun, aber nicht nur. Es geht auch um die Art und Weise, wie wir aufeinander blicken. Zuletzt haben die Spaltungstendenzen in den westlichen Gesellschaften zugenommen, alles strebt auseinander. Es fehlt an Anerkennung, an Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe. Der Brexit, die Wahl von Trump und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien in den reichen Nationen des Westens

sind ein Beleg dafür. Ich stehe für eine Umkehr, ich will eine gesellschaftliche Koalition schaffen, in der unterschiedliche Arbeit und unterschiedliche Berufe gleichermaßen anerkannt werden.

Die Populisten schimpfen bereits auf den „Klimawahn“ und versprechen, es könne alles bleiben, wie es ist.

Wie wollen Sie verhindern, dass die Menschen diesen scheinbar einfachen Lösungen auf den Leim gehen?

Populisten geben vor, sie hätten einfache Lösungen auf vielschichtige Probleme: den Blick zurück oder das Ressentiment. Diese Annahme ist aber immer falsch. Wenn wir den menschengemachten Klimawandel aufhalten wollen, setzt das echte technologische Innovationen voraus. Darum muss man sich kümmern, statt sich dieser Aufgabe zu verweigern. Nur so besteht unser Land in Zukunft den globalen Wettbewerb.

Wie sieht Deutschland im Jahr 2050 aus?

Niemand kann die Zukunft voraussagen. Dennoch: Alles so laufen zu lassen, ist grundfalsch. Mein Anspruch ist: Weichen stellen. So habe ich es in Hamburg als Erster Bürgermeister gemacht. Was ist gut und wichtig für die Stadt? Bessere Bildung, schnellere Digitalisierung – auch der Verwaltung – und vor allem mehr Wohnungsbau. Das gilt auch jetzt. Wir haben Ziele für die Zukunft: Es geht um eine moderne klimaneutrale Industrie, um ein einiges und souveränes Europa, und vor allem um eine Gesellschaft, in der jeder gleich viel zählt. Gute und kostenfreie Bildung, ordentliche Löhne, eine verlässliche Rente, gute und bezahlbare Pflege und Gesundheitsleistungen, kurz: ein starker Sozialstaat an der Seite der Menschen. Unsere Gesellschaft soll von Respekt und Zusammenhalt getragen sein. ■

OLAF SCHOLZ AUF DIGITALER DEUTSCHLAND-TOUR

Corona macht persönliche Kontakte zurzeit schwierig. Abstand halten, lautet noch immer das Gebot der Stunde. Olaf Scholz will trotzdem mit den Menschen ins Gespräch kommen – und das überall im Land.

Seit Februar ist der SPD-Kanzlerkandidat deshalb auf digitaler Deutschlandtour. Aus einem Studio im Willy-Brandt-Haus schaltet sich Olaf Scholz mit Interessierten aus jeweils einer Stadt oder Region in einer Videokonferenz zusammen.

Der Kanzlerkandidat beantwortet Fragen und erklärt, wie er sich eine Gesellschaft des Respekts (siehe Interview) vorstellt. Das Gespräch wird auch auf Youtube und Facebook übertragen. Wer möchte, kann hier schriftlich Fragen an Scholz stellen, die dieser dann in der Videokonferenz beantwortet. ■

DIE ERSTEN TERMINE:

24. Februar, 18.30 bis 20 Uhr in Potsdam

25. Februar, 18 bis 19.30 Uhr in Tübingen

02. März, 18.30 bis 20 Uhr in Mannheim

22. März, 18 bis 19.30 Uhr in Dresden

VON UMWELT UND ÖKOLOGIE ZU KLIMA UND NACHHALTIGKEIT



Auf dem Weg zur Klimastadt: In Bottrop werden dreimal so viele Häuser energetisch saniert wie im Bundesschnitt.

KLIMARETTUNG IN STADT UND LAND

PIONIERE Bis 2050 soll Deutschland klimaneutral werden. Während die Weichen im Großen noch gestellt werden müssen, hat die Zukunft im Kleinen schon begonnen – gestaltet von Mitgliedern der SPD

Von Benedikt Dittrich und Kai Doering

Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint.“ So steht es im Grundsatzzprogramm, das die SPD auf ihrem Hamburger Parteitag 2007 beschlossen hat. Doch was bedeutet das konkret? Wer auf die gegenwärtigen Entwick-

lungen und die der vergangenen Jahrzehnte schaut, stellt fest: Wir stecken schon mittendrin in der Veränderung. Im Kleinen und Großen entstehen nachhaltige Projekte und Initiativen, ganze Regionen gestalten bereits den Wandel. Daran ändert auch die Corona-Situation nichts. „Wir haben in der Corona-Krise den Kampf gegen den Klimawandel

nicht aus dem Blick verloren. Ganz im Gegenteil“, sagt Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Sie ist überzeugt: „Die sozial-ökologische Transformation stärkt den Standort Deutschland, schafft neue und gut bezahlte Arbeit und sorgt auch in der Zukunft für ein gutes Leben.“

Kohlestadt wird Klimastadt

In Bottrop hat diese Zukunft vor zehn Jahren begonnen. 2010 gewann die Stadt den Wettbewerb „Klimastadt der Zukunft“ und wurde zum „Pilotprojekt InnovationCity Ruhr“ ernannt. Seitdem wird aus einem „typischen Stück Ruhrgebiet“ Schritt für Schritt eine Musterstadt in Sachen Klimaschutz. Wo 2018 das letzte Steinkohle-Bergwerk des Landes stillgelegt wurde, werden pro Jahr dreimal so viele Privathäuser wie im Bundesschnitt aufs Energiesparen und die Nutzung Erneuerbarer Energien getrimmt. Schlüssel zum Erfolg sind kostenlose und unverbindliche Energieberatungen. Nach der Erstberatung folgt, wenn gewünscht, eine ebenfalls kostenlose Sanierungsbegleitung. Ein Großteil der Beratungen findet vor Ort statt. In Corona-Zeiten wurde dafür aufs Telefon und auf Videokonferenzen umgesattelt. Kurz vor Weihnachten fand bereits die 4.000 Energieberatung statt.

„Seit nunmehr zehn Jahren arbeiten wir in der InnovationCity Ruhr an dem gemeinsamen Ziel, die CO₂-Emissionen in Bottrop zu halbieren und aus der ehemaligen Kohlestadt eine Klimastadt zu machen“, sagt Bernd Tischler. Er wurde Bottrops Oberbürgermeister kurz bevor die Stadt InnovationCity wurde. Im vergangenen Jahr trat der SPD-Politiker seine dritte Amtszeit an. Tischler schwärmt von einem „bundesweit einmaligen Projekt, das ohne den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger nicht vorstellbar wäre“.

Tatsächlich setzen sie in Bottrop stark auf Bürgerbeteiligung, auch Bildung ist ein wichtiger Teil des Konzepts. Insbesondere junge Menschen sollen in die Themen und Ziele eingebunden werden. Eines der mehr als 300 Einzelprojekte, die bisher im Rahmen der InnovationCity stattgefunden haben, will Themen wie

**FÜR MENSCH
UND UMWELT**

1997

Das „Kyoto-Protokoll“ schreibt erstmals globale Ziele zur Treibhausgas-Reduktion fest – es tritt 2005 in Kraft.



2002

Chemienobelpreisträger Paul Crutzen schlägt das „Anthropozän“, die Geologie der Menschheit, als neues Erdzeitalter vor.



2015

September Die UN beschließen einstimmig die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Dezember UN-Klimakonferenz in Paris: Die Erderwärmung soll weltweit auf maximal zwei Grad- beschränkt werden.



2000

März In Deutschland tritt unter Rot-Grün das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Juni SPD und Grüne beschließen den Atomausstieg.

2011

Nach der Atomkatastrophe von Fukushima geben auch Union und FDP den Widerstand gegen die Energiewende auf.



Energieeffizienz und regenerative Energien in der Schule als „Mitmachstoff“ vermitteln und nicht nur als graue Theorie. So kommt Bottrop Schritt für Schritt seinem Ziel näher: klimaneutral werden.

Wind produziert Wasserstoff

Als im Juni 2020 die große Koalition ihre Wasserstoffstrategie beschloss, wurde das in der Uckermark genau beobachtet. In Brandenburg wird schon seit 2011 die Produktion von grünem Wasserstoff vorangetrieben – per Elektrolyse gewonnen, erzeugt aus Windenergie. Das Windenergie-Unternehmen „Enertrag“ betreibt seit knapp zehn Jahren ein Hybridkraftwerk. Die Pilotanlage kann gleichermaßen für Strom und Heizungs-wärme sorgen. Die notwendige Energie dafür wird aus Windkraftanlagen in der direkten Umgebung gewonnen, das „Windgas“ kann gespeichert, wieder in Strom umgewandelt oder direkt vor Ort verbraucht werden.

Damit hat das Kraftwerk eine Lösung für ein zentrales Problem der Energiewende: Eine große Menge des Stroms, der derzeit zwischen Rostock und Berlin produziert wird, kann weder gespeichert, noch in die Industriezentren im Süden und Westen der Republik geschickt werden, dafür fehlen noch die Stromleitungen. Das Hybridkraftwerk macht zweierlei möglich: Das Gas kann direkt ins Netz eingespeist oder zur späteren Stromgewinnung gespeichert werden. Es ist nur ein Beispiel, wie in Brandenburg daran gearbeitet wird, Vorreiter und Innovationsmotor der Energiewende zu werden – während sich ganze Regionen wie die Lausitz seit Jahren mitten im Strukturwandel befinden.

Ein Strukturwandel, der Angst vor der Zukunft machen kann, der aber auch neue Perspektiven eröffnet, wie Michael Müller, Vorsitzender der „Naturfreunde“ und ehemaliger Staatssekretär im Bundesumweltministerium, betont. Der Umweltpolitiker und Sozialdemokrat plädiert dafür, dass die SPD einen neuen „sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag“ entwickelt. „Wer sonst soll die Brücken zwischen alten und neuen sozialen Bewegungen schlagen“, fragt Müller, „und auch mit den



»
Es geht nicht mehr um die Frage ‚Wir gegen die Natur‘. Stattdessen entscheiden wir, was Natur ist und was sie sein wird.«

Paul Crutzen,
Chemienobelpreisträger,
warnte bis zu seinem Tod
am 28. Januar 2021 vor der
nahenden Klimakatastrophe.

Beschäftigten den Umbau organisieren statt sie zu bevormunden?“

Mit dem Rad auf der Überholspur

In Kiel sind Brücken zu einem Symbol der Veränderung geworden: Während in vielen anderen Städten Platz für Fahrradwege gesucht wird, radeln die Kieler schon seit 2019 auf den Brücken eines alten Schienennetzes durch die Stadt – losgelöst vom Autoverkehr, ohne Stau und Ampeln, mit Auf- und Abfahrten wie bei einer Autobahn.

Die 2019 eröffnete Fahrradautobahn, die Veloroute 10, verbindet entlang einer stillgelegten Bahnstrecke Uni-Campus und Gewerbegebiet, Innenstadt und Stadion. Das Versprechen: mit dem Fahrrad schneller am Ziel sein als mit dem Auto. Das spart Zeit, Geld, Nerven und letztendlich wieder CO₂-Emissionen.

Für das Projekt brauchte es einen langen Atem: In die Verkehrsplanung wurde die zehnte Veloroute 2008 aufgenommen, nachdem 1995 das alte Schienennetz stillgelegt worden war. Vom letzten Zug auf der Schiene bis zum ersten Fahrrad auf der Route vergingen also fast 25 Jahre. Doch für SPD-Oberbürgermeister Ulf Kämpfer ist die Fahrradfreundlichkeit der Stadt weiterhin ein zentrales Thema, Kiel hat einen eigenen Fahrradbeauftragten. Insgesamt zählt die Stadt 13 Velorouten, weitere Strecken und Verlängerungen sind geplant.

Auch in Hamburg, wo Olaf Scholz als Bürgermeister mit Deutschlands größter Ladestationdichte schon die Wende zum E-Auto eingeleitet hat, wird das Radnetz auf ähnliche Weise von seinem Nachfolger ausgebaut: Der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher hatte mit seiner „Velorouten“-Planung Anfang 2020 ebenfalls um Wählerstimmen geworben, bis 2025 sollen etwa 280 Kilometer davon befahrbar sein. Die Verkehrswende in den Städten, sie ist ein weiterer Baustein im globalen Kampf gegen den Klimawandel.

Wasserstoff statt Kohle

Duisburg ist so etwas wie die Stahl-Hauptstadt Deutschlands. 47.600 Menschen sind in Nordrhein-Westfalen in der Stahlindustrie beschäftigt, ein großer Teil davon in Duisburg. Als in der Corona-Krise die Stahlsparte des Thyssenkrupp-Konzerns unter Druck geriet, forderte die NRWSPD eine Staatsbeteiligung. Dabei ging es den Genossen nicht um den Erhalt einer sterbenden Branche. „Stahl ist systemrelevant, denn wir werden auch in Zukunft Autos, Flugzeuge und Windanlagen bauen, und für all das brauchen wir Stahl“, sagt der Fraktionsvorsitzende im Landtag und designierte Chef der NRWSPD Thomas Kutschaty. „Was sich ändern muss, ist die Art und Weise, wie der Stahl hergestellt wird.“

Und da kommt wieder der Wasserstoff ins Spiel: In Duisburg wird ein Hochofen für die Stahlgewinnung zum Teil bereits mit dem Gas befeuert. Das soll Schule machen. „Wenn Stahl eine Zukunft haben will, muss er umweltfreundlich produziert werden“, sagt Kutschaty. Die Umstellung auf die Produktion von „grünem Stahl“ mithilfe von nachhaltig erzeugtem Wasserstoff sei allerdings noch extrem teuer. Deshalb müsse der Staat investieren. „Das ist eine gute Investition in die Zukunft des Industriestandortes Deutschland“, ist Kutschaty überzeugt. „Die Stadt Duisburg versteht Wasserstoff als einen Wegbereiter hin zu einer grünen Industrie und somit als Basis für eine zukunftsfähige Wirtschaft“, sagt Oberbürgermeister Sören Link. Im Ruhrgebiet befanden sich neben der ▶ S. 8



Radfahrer statt Züge: In Kiel verbinden Velorouten viele Orte.



Aus Wasserstoff wird Feuer: In Duisburg setzt ThyssenKrupp bereits auf Zukunftstechnologie bei der Stahlherstellung.

Universität Duisburg-Essen auch viele Unternehmen, die für den Einsatz von Wasserstoff prädestiniert seien. Viele Fragen seien allerdings noch offen. „Daher müssen wir bei aller Euphorie weiter intensiv an der Erzeugung und dem Einsatz von Wasserstoff forschen.“

Auch deshalb haben sie sich in Duisburg gefreut, als Ende Januar die Nachricht kam, dass in der Stadt ein Wasserstoff-Zentrum der Uni Duisburg-Essen entstehen könnte – ausgerechnet auf dem Gelände der Hüttenwerke Krupp Mannesmann. „Industrie und

UMBAU MIT STRATEGIE

7 Mrd.

Euro sind im Konjunkturpaket für die Förderung der Wasserstofftechnologie vorgesehen.

QUELLE: BUNDESREGIERUNG

Forschung kommen zusammen, damit Innovation entsteht“, beschreibt die Duisburger Landtagsabgeordnete Sarah Philipp das Ziel. In einem Wasserstoff-Zentrum könnten außerdem neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dabei sieht Philipp aber auch die Unternehmen in der Pflicht, ihre Beschäftigten weiterzubilden und auf den Wandel vorzubereiten. Einen Wandel, der neue, gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen kann.

„Die Frage, ob wir grünen Wasserstoff für die Energiewende tatsächlich in großen Mengen brauchen, war lange nicht geklärt“, sagt die Volkswirtschaftsprofessorin und Wirtschaftsweisse Veronika Grimm. Mit der Entscheidung für ein klimaneutrales Wirtschaften komme Deutschland darum nun definitiv nicht herum. „Die Entscheidung für die Klimaneutralität bedeutet allerdings, dass es zu einer sehr umfassenden Transformation der gesamten Industrie kommen wird.“ Und die müsse gestaltet werden. ■

WIR MÜSSEN TREIBER SEIN BEIM KLIMASCHUTZ

NEUGRÜNDUNG Der Unterbezirk Bremen-Stadt hat jetzt einen Arbeitskreis für alle Aspekte des Klimaschutzes

Von Ulf Buschmann

Klimaschutz ist solidarisch, innovativ und gerecht!“ Diese Losung hat der im Sommer vergangenen Jahres gegründete „Arbeitskreis (AK) Klimawandel, Umweltschutz & nachhaltiges Wirtschaften“ des SPD-Unterbezirks Bremen-Stadt ausgegeben. Mit dabei sind 30 Genossinnen und Genossen aus acht Ortsvereinen.

Zwar generierten sich die Grünen als die Partei der Klimaschützer, doch konkrete Angebote, die mit der Lebenswirklichkeit der Menschen in Einklang zu bringen sind, mache die Partei nicht, lautet eine Kritik der Bremer Sozialdemokraten. Der Ansatz des „Umwelt-Arbeitskreises“, wie er sich

kurz nennt, ist deshalb ein anderer. „Für uns umfasst Klimaschutz Wirtschafts-, Wissenschafts-, Energie, Industrie- und Sozialpolitik“, sagt Arno Gottschalk. Er ist nicht nur Mitglied des Arbeitskreises, sondern auch Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Haushalt, Finanzen, Klima, Umwelt und Landwirtschaft.

Gottschalk bringt den Ansatz des Arbeitskreises auf den Punkt: „Die Lösung der Klimafrage muss über eine ökonomische Transformation kommen.“ Doch das allein reicht den Genossinnen und Genossen längst nicht aus. Sie möchten erreichen, dass über die Klimapolitik der Kern sozialdemokratischer Programmatik und Politik sichtbar wird.



AK-Mitglied Arno Gottschalk: „Die Lösung der Klimafrage muss über eine ökonomische Transformation kommen.“

Beides umschreibt AK-Sprecher Harald Ginsky so: „Unser Ziel ist, gesellschaftliche Bewegung zu generieren. Wir müssen Treiber sein.“

Vor diesem Hintergrund beziehen die Mitglieder des Arbeitskreises nicht nur engagierte Menschen aus der Umweltschutz- und Friedensbewegung mit in ihre Arbeit ein. Zum Ansatz gehören genauso Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Handelskammer Bremen und den anderen Wirtschaftsverbänden. Dieser Weg findet auch bei jungen Leuten der Generation „Fridays for Future“ breite Zustimmung. Zwar sind sie nicht alle Mitglieder der SPD, aber der Ansatz sei der richtige, findet etwa der 19-jährige Timo Leib: Wenn es um das Überleben des Planeten geht, dürfe niemand auf der Strecke bleiben. „Wir müssen Lösungsansätze mitliefern.“ ■

Weitere Informationen gibt es unter stadt.spd-land-bremen.de/AK-Klima-Umwelt sowie auf Facebook: facebook.com/spdbremenumwelt

FOTOS: IMAGO IMAGES (3); RUPERT OBERHAUSER/PICTURE ALLIANCE; PRIVAT



Manchester heute und vor 60 Jahren: Die britische Arbeiterstadt – Heimat des Textautors Paul Mason – erlebte einen langen Niedergang. Vor allem dank des Dienstleistungssektors blüht sie seit einigen Jahren aber wieder auf.

WARUM WIR MEHR FANTASIE WAGEN MÜSSEN

EINE LINKE VISION Wir können in eine rosige Zukunft blicken. Dafür müssen wir aber den Mut aufbringen, sie auch sozial-ökologisch zu gestalten

Von Paul Mason

In den kommenden 60 Jahren müsste es möglich sein, die Industrie vollständig zu automatisieren, sodass die Belegschaft in den meisten Fabriken nur noch Aufsichtsfunktionen übernimmt. Bis dahin dürften nicht nur menschliche Abläufe automatisiert sein, sondern die Abläufe selbst sollten sich grundsätzlich nicht mehr am Menschen orientieren.

Mehr als 95 Prozent der Beschäftigten arbeiten 2080 in Dienstleistungen, viele von ihnen von Mensch zu Mensch. Weil Finanzspekulationen verboten und zahlreiche Abläufe automatisiert wurden, sind im Finanzsektor nur wenige Menschen tätig. In den Bereichen Gesundheit, Kultur, Sport und Bildung ist die Zahl der Beschäftigten deutlich größer und stellt die Unternehmensdienstleistungen ebenso in den Schatten wie heute schon die Industrie.

Die meisten Menschen „arbeiten“ nur zwei oder drei Tage pro Woche, und wie heute ist Arbeit eine Mischung aus Arbeit und Freizeit. Es gibt keine Tech-Monopole mehr, sondern einen Mix aus innovativen kleinen und mitt-

leren Unternehmen (KMU), die traditionell auf Gewinn aus sind, sowie öffentlichen Informationsversorgern, die lediglich die Kosten für Produktion und Verwaltung berechnen.

Ganzheitliche Medizin, Bildung bis zum Hochschulabschluss und der öffentliche Nahverkehr sind kostenlos. Die durchschnittliche Miete liegt bei etwa fünf Prozent des Durchschnittseinkommens, dasselbe gilt für den Zinssatz für Immobiliendarlehen. Im Jahr 2080 ist das Ziel der Netto-Null-Emissionen schon lange erreicht, und eine progressive Stadtverwaltung arbeitet daran, das CO₂ mittels innovativer Techniken aus der Atmosphäre zu holen und dem Rest der Welt eine CO₂-Entschädigung zu entrichten.

Finanzspekulation bekämpfen

Rückblick: Die Jahre 2020 bis 2030 standen ganz im Zeichen des kulturellen und politischen Kampfes um einen neuen Kapitalismus. Es bildeten sich Regierungen, die Finanzspekulation bekämpften, eine Million klimafreundlicher Sozialwohnungen bauten und mit dem ener-

getischen Umbau des gesamten restlichen Wohnungsbestandes begannen. Sie subventionierten die Entwicklung neuer städtischer Nahverkehrssysteme und die Beseitigung sämtlicher Benzin- und Diesel-Pkw und -Lkw von den Straßen. Sie zerschlugen oder verstaatlichten die Tech-Monopole und überführten die erfassten Daten in öffentliches Eigentum. Sie förderten gezielt die Entstehung eines großen und vielfältigen gemeinnützigen Sektors. Und sie befreiten das Sozialsystem von allem Zwang und überführten Rente und Sozialhilfeleistungen in ein bescheidenes Grundeinkommen, das als Grundrecht in der Verfassung verankert wurde.

Die 2020er Jahre waren beherrscht vom Kampf zwischen einer profitorientierten und einer mensch- und umweltorientierten Wirtschaft. Eine radikal sozialdemokratische Regierung förderte bewusst den Aufbau einer Privatwirtschaft aus kleinen und mittleren Unternehmen, die auf technologische und soziale Innovation setzen.

Das globale Wirtschaftssystem konnte die Entwicklung eines ökologischen Postkapitalismus durch linksliberale und sozialdemokratische Parteien nicht überleben. Nach der Zerschlagung der Finanzglobalisierung fand nach 2030 jedoch eine neue Form der wirtschaftlichen Globalisierung in den Bereichen Reise, Informationsaustausch und Rohstoffhandel statt.

Politische Linke braucht Utopie

Zurück zur Gegenwart: Heute muss die Linke, um die Kämpfe der 2020er Jahre zu bestehen, eine eigene Utopie entwickeln. Die derzeitigen Bemühungen politischer Entscheider, Wissenschaftler und Demonstranten um Klimaneutralität sind von einem eklatanten Mangel an Fantasie geprägt, wie denn die Wirtschaft, auf die man zusteuern müsste, eigentlich aussehen sollte. Da die Welt nun gezwungen ist, sich einen Kapitalismus ohne Emissionen vorzustellen, kommt auch die Wirtschaftswissenschaft nicht umhin, sich eine Wirtschaft ohne zwingende Lohnarbeit vorzustellen.

Ziel muss es sein, emissionsfrei zu wirtschaften und in puncto Ressourcen eine Kreislaufwirtschaft herzustellen, Arbeitsstunden zu reduzieren, Gesundheit und Glück der Menschen messbar zu erhöhen, den Rostgürtel der Vorstädte wieder an das Zentrum anzubinden und nachhaltige Lebensmittelquellen zu erschließen. Die Aufgabe, Modelle für die Wende zu entwickeln und zu testen, muss daher sehr ernst genommen werden.

Bis zum Jahr 2080 muss sich eine Wende vollzogen haben. Die allerdings wird nur kommen, wenn wir die Fantasie dafür aufbringen. ■



Paul Mason ist britischer Hochschullehrer und Publizist. Er schrieb für verschiedene britische Zeitungen und arbeitete fürs Fernsehen. Seit 2016 ist er frei tätig. 2019 erschien sein jüngstes Buch „Klare, lichte Zukunft – Eine radikale Verteidigung des Humanismus“ im Suhrkamp-Verlag.

JOHANNES RAU IST HEUTE AKTUELLER DENN JE

GEBURTSTAG Am 16. Januar wäre Johannes Rau 90 Jahre alt geworden. Wie richtig sein politisches Credo war und ist, zeigt die Gegenwart

Von Norbert Walter-Borjans, SPD-Vorsitzender

Versöhnen statt spalten“ – das war Zeit seines Wirkens die politische Mission Johannes Raus, des zweiten sozialdemokratischen Bundespräsidenten, der zuvor als Ministerpräsident zwei Jahrzehnte lang Nordrhein-Westfalen geprägt hatte. Raus Leitlinie war alles andere als gängige Lehre. Es gab und gibt auch die Ansicht, dass Deutschland ein im harten Wettbewerb stehender Konzern sei, in dem der Ellbogen nun mal dazu gehören. Johannes Rau hat diese kalte Sicht



Zwei, die sich gut verstanden: Ministerpräsident Johannes Rau (l.) in den 90er Jahren mit seinem langjährigen Regierungssprecher Norbert Walter-Borjans.

auf eine Gesellschaft nie geteilt. Heute wissen wir, wie wichtig das Versöhnen der gesellschaftlichen Milieus ist. Wir erfahren tagtäglich, wie wichtig die Versöhnung von Arbeit und Umwelt, von Jung und Alt und der Zusammenhalt in Europa und darüber hinaus sind. Der neue US-Präsident Joe Biden weiß, ein Lied davon zu singen. Dem Brexiteer Boris Johnson ist diese Einsicht weitgehend fremd. Die Orbáns, Kaczyńskis und Erdoğan und erst recht der Diktator in Weißrussland suchen ihr Heil in na-

tionalem Egoismus und Ausgrenzung. Auch die Rechtspopulisten hierzulande halten es eher mit der umgekehrten Maßgabe: spalten statt versöhnen.

Die politischen Überzeugungen Johannes Raus können uns auch heute Orientierung geben. Er ist immer dafür eingetreten, dass die politische Auseinandersetzung sich nicht in falschen Gegensätzen verfängt: Staat oder Markt, wirtschaftlicher Erfolg oder soziale Gerechtigkeit, leistungsfähige Wirtschaft oder Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Er stand fest auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft. Aber er wusste: Der Markt ist wertblind. Ungeregelte Märkte haben zur Folge, dass wir von allem den Preis kennen, aber von nichts den Wert. Deshalb müssen der demokratische und soziale Rechtsstaat und die internationale Staatengemeinschaft einen Rahmen setzen, damit Menschen nicht unter die Räder geraten, damit alle angemessen am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand teilhaben und damit wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen bewahren. Das ist heute aktueller denn je. ■

WIR BRAUCHEN MEHR AUFKLÄRUNG

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG Der neue FES-Vorsitzende Martin Schulz über seine wichtigsten Ziele und die akute Bedrohung der Demokratien in Europa

Interview Karin Nink



Was verbinden Sie mit Friedrich Ebert?

Seinen mit einem ganz hohen persönlichen Preis bezahlten Kampf für die republikanische Verfassung Deutschlands und die Würde, mit der er dieses Deutschland vertreten hat; aber auch die Würde, mit der er den grenzenlosen Hass der extremen Rechten gegen sich ertragen hat.

Sie treten zugunsten des FES-Vorsitzes nicht mehr für den Bundestag an. Eine schwere Entscheidung?

Ich werde am Ende dieser Wahlperiode 27 Jahre Parlamentsabgeordneter gewesen sein – im Europaparlament und im Deutschen Bundestag. Nach so langer Zeit ist das natürlich eine Zäsur. Aber der Vorsitzende einer politischen Stiftung sollte nicht im operativen politischen Geschäft tätig sein.

» Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass in der EU die Demokratie noch einmal so aggressiv angegriffen werden könnte.«

Martin Schulz, FES-Vorsitzender

Was muss die Stiftung gerade in Zeiten wachsenden Rechtspopulismus in westlichen Demokratien besonders bewältigen?

Da knüpfe ich noch mal an Friedrich Ebert an. Die Stiftung hat den traditionellen Auftrag, durch Bildung eine die Demokratie stabilisierende und verteidigende Arbeit zu leisten. Ich hätte es wirklich nicht für möglich gehalten, dass in Westeuropa oder in der EU die Demokratie noch einmal so aggressiv angegriffen werden könnte.

Was kann die FES Besonderes leisten, um diesen Kampf für die Demokratie zu bestehen?

Ich glaube, dass unsere gesamte Bildungsarbeit – national wie international – mit einem aufklärerischen Ansatz einhergehen muss. Dass Veranstaltungen, Publikationen, der unmittelbare

Kontakt zu wichtigen Meinungsträgern genauso wie zur breiten Masse der Bevölkerung den gleichen Ansatz haben müssen: Respekt vor der individuellen Lebensleistung, ein Leben in Würde und die Toleranz gegenüber der anderen Meinung. Das sind die drei Grundpfeiler der Demokratie. Diese immer wieder zu vermitteln, ist unser zentraler Auftrag.

Welche konkreten Projekte wollen Sie umsetzen?

Innerhalb der Arbeit, die wir hier in Deutschland leisten, müssen wir die europäische Integration in den Vordergrund stellen. Denn die Verteidigung demokratischer Grundstrukturen ist heute nur noch möglich, indem wir als europäische Staaten enger über Grenzen hinweg zusammenarbeiten. Nur so erreichen wir die Stärke, die die Demokratien in Europa brauchen, um im interkontinentalen Wettbewerb gegen Systeme zu bestehen, die uns angreifen – auch ökonomisch, weil sie unsere demokratischen Grundwerte eben nicht beherzigen und nicht berücksichtigen.

Welchen Schwerpunkt setzen Sie in der internationalen Arbeit?

Da geht es um die gleichen Themen: Demokratieaufbau, Demokratieweiterentwicklung, Gewerkschaftskooperation und Bildungsfragen. Die internationale Arbeit der FES, die Entwicklungszusammenarbeit vor allen Dingen in Afrika, Asien, Lateinamerika bleibt unser starkes Standbein. ■

»DIE SPD HAT ANTWORTEN AUF DIE ZUKUNFTSFRAGEN«

RHEINLAND-PFALZ Bei der Landtagswahl am 14. März will Ministerpräsidentin Malu Dreyer dafür sorgen, dass die SPD erneut stärkste Kraft wird. Dafür kämpft sie um jede Stimme

Interview Lars Haferkamp

Erstmals führt die SPD in Rheinland-Pfalz einen digitalen Landtagswahlkampf. Was bedeutet das für die Partei und ihre Wahlchancen?

Ich vermisse den direkten Kontakt mit den Menschen sehr! Die vielen Veranstaltungen und Begegnungen im ganzen Land, Straßenwahlkampf – all das ist natürlich in diesem Jahr nicht wie gewohnt möglich. Wir gehen aber neue Wege, bieten viele digitale Veranstaltungen an, setzen aber auch verstärkt auf ganz klassische Werbung – durch Flyer, Magazine, Anzeigen und natürlich Plakate. Ich bin sicher, dass wir auch so sehr viele Menschen erreichen werden.

Mit welchen Themen will die SPD im Wahlkampf punkten?

Bildung ist ein zentrales Schwerpunktthema. Wir stehen für beste Bildungschancen für alle Kinder, treiben die digitale Ausstattung unserer Schulen voran und wollen, dass in jeden Schulrucksack ein Laptop kommt. Alle Lehrkräfte werden bei uns digitale Endgeräte erhalten, und bis Ende des Jahres sollen alle Schulen W-LAN haben. Aber Digitalisierung ist nicht nur Technik, es geht auch um eine neue Lernkultur mit mehr projektorientiertem und fächerübergreifenden Lernen. 100 Zukunftsschulen gehen damit voran, um gemeinsam in Netzwerken mit allen Schulen diese neue Lernkultur zu entwickeln. Die SPD steht in Rheinland-Pfalz für erfolgreiche Wirtschaftspolitik mit einer starken Sozialpartnerschaft und guten Arbeitsplätzen. Wir wollen auch in Zukunft ein starkes Industrieland sein, das für neues, nachhaltiges Wirtschaften steht. Wir haben ein ehrgeiziges Klimaschutzziel: Wir wollen bis 2040 klimaneutral werden – als erstes Bundesland! Und wir stehen für flächendeckend gute medizinische und pflegerische Versorgung, mit Gesundheitsnetzwerken und unserer Gemeindegewerkschaft Plus in ganz Rheinland-Pfalz.

Der digitale Landesparteitag in Mainz hat das Regierungsprogramm einstimmig beschlossen. Was ist das Signal dieses Parteitag?

Wir haben ein sehr ehrgeiziges und zukunftsweisendes Regierungsprogramm beschlossen, mit dem wir zeigen, dass



Ministerpräsidentin Malu Dreyer: „Kein Erfolg ist selbstverständlich.“

LANDTAGSWAHL



Unter den Augen der Landesmutter (2. v. l.): Im Westpfalz-Klinikum wird bereits das medizinische Personal geimpft.

die SPD Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen hat.

Die SPD in Rheinland-Pfalz will bei der Wahl stärkste Partei werden. Ein ambitioniertes Ziel?

Kein Erfolg ist selbstverständlich und auch bei dieser Wahl geht es wieder um jede Stimme. Ich bin überzeugt: wenn wir so entschlossen und engagiert um das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen werben, wie in der Vergangenheit, dann werden wir auch dieses Mal stärkste Kraft werden.

Warum ruft die SPD diesmal ausdrücklich zur Briefwahl auf?

Die Briefwahl ist gerade in der aktuellen Pandemie ein sicherer und bequemer Weg, seine Stimme abzugeben. Wir ermuntern die Bürger und Bürgerinnen, dies zu tun.

Welche Rolle wird das Thema Corona im Wahlkampf spielen?

Corona spielt für das Leben aller Bürger und Bürgerinnen eine zentrale Rolle und ist natürlich auch im Wahlkampf sehr präsent. Aber ich hoffe, dass es gelingt, mit den Menschen über Themen in Austausch zu kommen, die uns in den nächsten Jahren auch stark beschäftigen werden: die Zukunft der Bildung, die Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt, den Klimaschutz. Ich bin überzeugt, dass wir als SPD hier überzeugende Antworten haben.

Müssen die Hilfen des Staates in der Pandemie ausgeweitet werden?

Ich halte es für dringend notwendig, dass es einen Corona-Zuschlag für Menschen mit Unterstützungsbedarf gibt. Die Krise trifft alleinerziehende, ältere, arbeitslose und behinderte Menschen besonders hart. Die steigenden Ausgaben, etwa für Hygieneartikel, sind eine zusätzliche Belastung – hierzu muss es einen finanziellen Zuschuss geben.

Es gibt immer noch viel zu wenig Impfstoff in Deutschland. Wer trägt dafür die Verantwortung und welche Konsequenzen müssen gezogen werden?

Ich erwarte in erster Linie Klarheit darüber, wie viel Impfstoff wann garantiert bei uns Ländern ankommt. Deshalb hatte ich mich für einen nationalen Impfstoffgipfel eingesetzt und erwarte, dass es einen nationalen Impfplan gibt, der Verlässlichkeit und Transparenz schafft. Mit mehr Impfstoff können wir sehr viel mehr Menschen impfen. Die Infrastruktur dafür hat unser Land gemeinsam mit den Kommunen geschaffen.



Wir stehen für beste Bildungschancen für alle Kinder.

Malu Dreyer

Im Corona-Krisenmanagement stehen auch die komplizierte Abstimmung zwischen Bund und Ländern und ein föderaler Flickenteppich bei manchen Regeln in der Kritik. Wo sehen Sie hier Verbesserungsbedarf?

Natürlich brauchen Abstimmungsprozesse zwischen 16 Ländern und dem Bund Zeit, und auch ich würde mir manchmal wünschen, dass es schneller geht. Aber es ist wohlfeil, zu behaupten, es gäbe „den einen richtigen Weg“.

Wir lernen stets dazu, auch die Wissenschaft diskutiert unterschiedliche Wege, und rein mathematische Hochrechnungen sagen nichts über uns Menschen und die gesellschaftlichen Verwerfungen in Corona-Zeiten aus. Diskussion ist deshalb nötig und häufig auch ein differenziertes Vorgehen. Das föderale System hat sich insgesamt bewährt. ■

SO HILFT DIE SPD BEI DER TERMINFINDUNG

CORONA-IMPFUNGEN Mehrere SPD-Abgeordnete unterstützen ältere Menschen. Damit begonnen hat Alexander Schweitzer

Von Jonas Jordan

Rheinland-Pfalz liegt beim Impftempo im bundesweiten Vergleich der Länder auf einem der ersten Plätze. Das liegt nicht nur daran, dass das Bundesland SPD-regiert ist, sondern auch an Alexander Schweitzer. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Mainzer Landtag bietet seine Unterstützung für ältere Menschen in der Südpfalz an. Denn für diese ist es derzeit oft nicht leicht. Häufig verbringen sie viel Zeit vor dem Computer oder am Telefon, um einen der begehrten Impftermine zu bekommen. Deshalb unterstützen der SPD-Landtagsabgeordnete und sein Bürgerbüro Menschen mit der höchsten Impf-Priorität bei der Online-Terminvergabe für die Corona-Impfung.

Um die dafür nötigen Vollmachten abzuholen, kommt Schweitzer auch

persönlich bei Menschen vorbei. „Ich bin unterwegs mit Maske, Desinfektionsmittel und Datenschutzerklärung, besuche Bürgerinnen und Bürger, die sich mit der Bitte um Unterstützung an mich gewandt haben“, sagt er in einem auf Facebook veröffentlichten Video. Mehr als 70 Menschen haben sich bei Schweitzer mit Fragen, Beschwerden und der Bitte um Unterstützung gemeldet. Inzwischen wird die Aktion auch von anderen SPD-Abgeordneten wie Thomas Hitschler, Markus Stein und Katrin Rehak-Nitsche in gleicher Weise praktiziert.

Midyatli setzt sich durch

Auch in Schleswig-Holstein hatte das Verfahren zur Vergabe von Corona-Impfterminen zu viel Frustration ge-



Rheinland-Pfalz kommt mit den Corona-Impfungen gut voran (Foto o.). Dafür sorgt auch SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer, der auf Facebook davon berichtet, wie er Ältere persönlich bei der Online-Terminfindung berät (Foto u.).



führt. Die SPD-Landesvorsitzende Serpil Midyatli hatte deshalb eine Protestaktion gestartet – und diese war erfolgreich.

Mehr als 50 Personen meldeten sich bei ihr und berichteten von Problemen älterer Mitbürger bei der Terminfindung. Denn bislang glich das System – über eine Hotline oder online – einem Lotteriespiel. Midyatli forderte die CDU-geführte Landesregierung daher auf, allen Berechtigten einen Impftermin per Brief anzubieten. Der öffentliche und politische Druck auf die Landesregierung hat sich nun ausgezahlt: Seit 1. Februar gibt es genau dieses Einladungsverfahren. ■

EIN VEREIN KÄMPFT FÜR TOLERANZ

HANAU Ein Jahr nach dem Anschlag vom 19. Februar steht die Präventionsarbeit im Fokus

Von Jonas Jordan

Eigentlich gab es die Vereinsidee schon viel länger, berichtet Selma Yilmaz-Ilkhan im Gespräch mit dem „vorwärts“. Die Sozialdemokratin ist Vorsitzende des Hanauer Ausländerbeirats und gehörte im vergangenen Jahr zu den Gründungsmitgliedern des Vereins „Institut für Toleranz und Zivilcourage – 19. Februar“. Die Idee dafür kam erstmals auf, als 2018 ein 17-jähriger Hanauer in Frankfurt tödlich von einer S-Bahn erfasst wurde, nachdem er zuvor einen auf die Schienen gestürzten Mann vor dem Zug retten wollte.

Nach dem rechtsterroristischen Anschlag am 19. Februar 2020, bei dem neun Menschen mit Migrationshintergrund getötet wurden, gründeten sieben Mitglieder des Hanauer Ausländerbeirats zusammen mit Opfer-Angehörigen und Augenzeugen des Anschlags den Verein.



Trauer nach dem Anschlag in Hanau: Der Verein „Institut für Toleranz und Zivilcourage – 19. Februar“ unterstützte die Familien der Opfer.

AKTIONEN GEGEN RECHTS



GEGEN HASS UND GEWALT Rechtsradikale bedrohen unsere Demokratie, immer unverhohlener und aggressiver. Wie man sich erfolgreich dagegen wehren kann, zeigen wir in dieser Serie.

Zu Beginn stand die Trauerarbeit im Fokus. „Wir haben versucht, die Menschen aufzufangen. Viele wussten in den ersten Monaten nicht, wohin mit ihrer Wut“, erklärt Yilmaz-Ilkhan. Die Vorstandsmitglieder betreuten jeweils ein bis zwei Opferfamilien. Der Verein habe dadurch in der Zeit nach dem Anschlag eine wichtige Brückenfunktion zwischen der Stadt und den Opferfamilien wahrgenommen.

Für stärkeren Zusammenhalt

Im Laufe der Zeit wandelte sich die Arbeit dahingehend, dass die im Ver-

einsnamen festgeschriebenen Ziele der Toleranz und Zivilcourage inhaltlich stärker thematisiert wurden. Zwar ließ sich ein ursprünglich geplantes „Café Toleranz“ wegen der Corona-Pandemie nicht realisieren. Stattdessen gewannen digitale Formate auch für den Hanauer Verein stärker an Bedeutung, wie zum Beispiel durch Online-Lesungen mit Mo Asumang, Mehmet Daimagüler oder Aladin El-Mafaalani, Empowerment-Workshops gegen Rassismus im Alltag oder die Gedenkveranstaltungen am 19. jedes Monats. Diese fanden bis Oktober auf dem Hanauer Marktplatz statt, danach pandemiebedingt auch digital.

Für den Jahrestag des Anschlags am 19. Februar plant der Verein, der im vergangenen Jahr auch mit dem Hessischen Integrationspreis ausgezeichnet wurde, eine Videobotschaft, die über die sozialen Medien verbreitet werden soll. Darin sollen beispielsweise Politiker, Autoren und Kabarettisten zu Wort kommen.

Künftig möchte der Verein auch stärker mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammenarbeiten. Inhaltlich soll es darum gehen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt, aber auch das Vertrauen in Akteure wie die Polizei zu stärken. Yilmaz-Ilkhan sagt: „Kollektives Versagen zu unterstellen, bringt uns nicht weiter. Denn der Täter war Hanauer und die Opfer waren Hanauer.“ ■

PARTEI LEBEN!



Die SPD-Spitze (Foto o.) bekommt für ihr Zukunftskonzept viel Lob von Wirtschaft, Gesellschaft und Naturschutzverbänden (Fotos u. r.) – und Olaf Scholz einen klaren Auftrag (Foto u. l.).

VIER MISSIONEN, EIN GROSSER PLAN

KLAUSUR Die SPD-Spitze läutet das Wahljahr ein – und Olaf Scholz formuliert mit vier »Zukunftsmissionen« einen klaren Führungsanspruch

Von Benedikt Dittrich

Wie geht es die kommenden Jahre nach der Corona-Krise weiter? Welche Zukunftsfragen stellen sich in Deutschland, Europa, weltweit? Einen ersten Aufschlag mitsamt Antworten hat Kanzlerkandidat Olaf Scholz bei der Jahresauftaktklausur der SPD dazu nun gemacht. Mit vier „Zukunftsmissionen“ will die SPD die Herausforderungen der kommenden Jahre in Angriff nehmen.

Dazu gehören die Energiewende und der Kampf gegen den Klimawandel. Dafür müssten jetzt die Weichen gestellt werden, unterstrich der Kanzlerkandidat bei der Vorstellung des Zukunftskonzepts, damit Deutschland nicht den Anschluss verliere: „Zukunft ist etwas, das gestaltet werden muss.“ Und das sehe man jeden Tag, so Scholz. Gerade mit Blick auf den Klimawandel müssten diese Herausforderungen zu-

sammengedacht und unter einer klaren Führung angepackt werden. Einen Führungsanspruch, den Scholz für sich und die Partei als Ganzes deutlich formulierte. Einen guten Zukunftsplan für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft habe nur die SPD.

Umbau gestalten – und zwar jetzt

Der sich zuspitzende Klimawandel zwingt zum Umsteuern und Umbauen von Wirtschaft und Gesellschaft. „Eine gigantische Aufgabe“, nannte Scholz den Kampf gegen den Klimawandel – die erste Zukunftsmission, die die SPD formuliert hat. Der Bruch mit der fossilen Wirtschaft setze enorme technologische Innovationen voraus, die aber auch gute, neue Arbeitsplätze mit sich brächten. „Und dafür sind 30 Jahre keine lange Zeit“, betonte der Kanzlerkandidat mit Blick auf das Jahr 2050. Bis dahin wol-

INHALT

HEIMATHAFEN

Der digitale Distrikt „Dockland“ aus Hamburg

NOMINIERUNG

Neue Möglichkeiten zur digitalen Aufstellung von Kandidierenden

DER KÄMPFER

Porträt von Andreas Stoch, SPD-Spitzenkandidat in Baden-Württemberg

KURZ & KNAPP

Nachrichten aus den Gliederungen

len sowohl Deutschland als auch Europa klimaneutral wirtschaften. Scholz forderte dazu konkret eine grundlegende Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, um die künftigen Lasten besser zu verteilen und die Energiewende zu beschleunigen. Dafür gab es schon bei der Jahresauftaktklausur viel Lob von der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm und von Martin Bruder Müller, Chef des Chemiekonzerns BASF. Auch Naturschutzring-Präsident Kai Niebert und Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Energie- und Industriegewerkschaft IG BCE, sehen in dem Konzept einen sehr guten Plan für die Zukunft.

Tempo bei der Mobilitätswende

Dass es in Deutschland noch weitere Zukunftsmissionen gibt, hat aber auch die gegenwärtige Krise noch einmal überdeutlich gezeigt: Mit dem im Jahr 2020 verabschiedeten Konjunkturpaket nimmt die Mobilitätswende an Fahrt auf, doch es hapert bei der Ladeinfrastruktur und beim Ausbau des Schienennetzes – das ist die zweite Zukunftsmission, bei der Scholz mehr Tempo und eine aktivere Rolle des Staates forderte.

Gleiches gilt für die dritte Zukunftsmission – die Digitalisierung. Die SPD will den Netzausbau nicht mehr nur dem freien Markt überlassen, stattdessen müsse auch der Staat die nötige Infrastruktur aufbauen. „Ich will, dass Deutschland eine Gigabit-Gesellschaft wird“, so Scholz. Die Coronakrise habe deutlich gemacht, dass es auch dringend einer digitalen Verwaltung bedürfe.

Auch bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung spielt die Digitalisierung eine wichtige Rolle. Bei der vierten Zukunftsmission nimmt die SPD aber vor allem die Menschen im Gesundheitssektor in den Blick. Nur mit guten Arbeitsbedingungen und guter Bezahlung für die, die andere behandeln und pflegen, sei eine gute Gesundheitsversorgung machbar, betonte Scholz.

Dabei drückte der sonst so ruhige Hanseat auf's Tempo: „Wenn wir den Zeitpunkt jetzt verpassen, dann haben wir ihn dauerhaft verpasst.“ ■

»DARUM BIN ICH IN DER SPD...«



VALERIE OSTERMANN

Ist Mutter von drei Kindern, Zeitsoldatin und Mitglied der SPD in Brandenburg an der Havel.

Meckern kann jeder. Ich möchte lieber mitgestalten und in der Stadt etwas bewegen – vor allem für die Zukunft meiner Kinder! Aber auch als Soldatin ist es mir ein Anliegen, meinen Standpunkt in verteidigungspolitischen Themen zu vertreten. Mein Mann und mein Schwiegervater sind schon lange in der SPD. Da lag es für mich nahe, jetzt auch Mitglied zu werden. ■

Warum seid ihr gerade jetzt SPD-Mitglied geworden? Schreibt uns an parteileben@vorwaerts.de

Wie das Zukunftskonzept aufgenommen wurde lesen Sie unter vorwaerts.de/Zukunftsmision1



HEIMATHAFEN FÜR POLITIK-INTERESSIERTE

DOCKLAND Die Mitglieder des digitalen Hamburger Distrikts machen Parteiarbeit am Küchentisch oder vom Sofa aus. Sie wollen Vorbild sein für einen Kulturwandel in der SPD

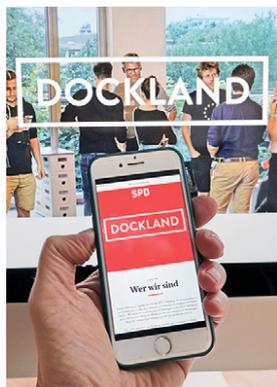
Von Kai Doering

Dockland-Vorsitzende Julius Ibel und Nanna-Josephine Roloff: „Für uns ist wichtig, wer etwas macht, und nicht, wer Mitglied ist.“

Wenn Nanna-Josephine Roloff zu einer Sitzung ihres Distrikts – so heißen in Hamburg die SPD-Ortsvereine – geht, klappt sie ihren Laptop auf. Roloff ist Co-Vorsitzende des Distrikts „Dockland“, des ersten digitalen Distrikts in der SPD. Benannt ist er nach einem Bürogebäude an der Elbe in der Nähe des Kreuzfahrt-Terminals im Hamburger Stadtteil Altona. Und der Name ist Programm. „Wir möchten ein Heimathafen für Menschen sein, die an Politik interessiert sind“, beschreibt Roloff das Selbstverständnis des digitalen Distrikts. „Jeder, der will, soll bei uns andocken können.“ Ob mit oder ohne Parteibuch spiele dabei erst mal keine Rolle.

Gegründet wurde der Distrikt „Dockland“ 2016 im Stadtteil Altona. Die Ursprungsidee, die Parteiarbeit in Hamburg stärker zu digitalisieren, geht auf den damaligen Landesvorsitzenden Olaf Scholz zurück. „Damals war das als reines Technikprojekt angelegt“, erinnert sich Sebastian Jahnz, der schon bei der Gründung dabei war. Inzwischen sei „Dockland“ aber sehr viel mehr. „Wir

OV-PORTRÄT



Partei zum Mitnehmen: Der Distrikt „Dockland“ ist im Internet zu Hause.

empfinden uns als Think Tank und wollen nicht bloß die gewohnte Parteiarbeit eins zu eins ins Internet übertragen.“ So ist „Dockland“ zwar ein regulärer Hamburger Distrikt mit nahezu allen Rechten und Pflichten eines Ortsvereins, doch wer mitmachen will, braucht dafür nicht unbedingt ein SPD-Parteibuch. „Für uns ist wichtig, wer etwas macht, und nicht, wer Mitglied ist“, sagt Julius Ibel, der den digitalen Distrikt gemeinsam mit Nanna-Josephine Roloff als Doppelspitze führt. Obwohl das schon fast zu viel gesagt ist, denn die Trennung zwischen Funktionären und einfachen Mitgliedern will „Dockland“ bewusst aufbrechen. „Jede und jeder kann bei uns Verantwortung übernehmen, wenn sie oder er möchte“, sagt Julius Ibel.

Die Zahl von rund 20 festen Mitgliedern sei deshalb auch nicht wirklich aussagekräftig. „Wir sind ein Netzwerk von rund 100 Freunden, Unterstützerinnen und Interessierten innerhalb und außerhalb der SPD“, sagt Sebastian Jahnz. „Wir wollen Menschen einbinden, nicht Mitglieder werben.“



Wie gut das Einbinden klappt, war kurz vor Weihnachten zu sehen. Da hatte „Dockland“ zu einer digitalen Diskussion über die Frage „Wie viel Bewegung braucht eine Partei?“ eingeladen. In der Webkonferenz tummelten sich mehrere Dutzend Teilnehmerinnen und Teilnehmer. „Die Idee dazu hatte jemand, der gar nicht Mitglied der SPD ist“, erzählt Julius Ibel. „Innerhalb von zwei Wochen haben wir sie dann mit einem Tool, das wir bisher nicht kannten, und zwei anderen Parteien umgesetzt.“

Update für die Demokratie

Wer bei „Dockland“ mitmacht, wolle aber nicht nur reden, betont Nanna-Josephine Roloff. „Wir sind themengetrieben“, erklärt sie. Jeder könne ein Thema vorschlagen – „pitchen“, wie es in der Sprache von Agenturen heißt – das dann diskutiert und im besten Fall zu praktischer Politik werde. „Was wir beschließen, kann direkt Teil des Antragsbuchs für den Bundesparteitag werden“, sagt Sebastian Jahnz. Nicht immer seien Anträge allerdings der beste Weg. Als Nanna-Josephine Roloff erreichen wollte, dass Tampons und Binden günstiger werden, startete sie kurzerhand mit einer Mitstreiterin eine Online-Petition – mit Erfolg. Die sogenannte Tamponsteuer sank vor einem Jahr von 19 auf sieben Prozent. „Einen Antrag habe ich parallel aber trotzdem geschrieben“, erzählt Roloff.

„Die Demokratie braucht dringend ein Update“, meint sie. Den digitalen Distrikt sieht sie als Möglichkeit, „das verkrustete Bild von Politik aufzubrechen“. Nicht mehr zeitgemäß ist aus ihrer Sicht auch die örtliche Zuordnung zu einem Ortsverein. „Bei uns kann man von überall aus mitmachen“, betont Sebastian Jahnz. Das Konzept werde dem modernen Leben gerechter. Oder anders ausgedrückt: „„Dockland“ zieht immer mit, egal, wohin man geht.“

„Eines unserer aktivsten Mitglieder lebt zurzeit in Kanada“, berichtet Julius Ibel. Das funktioniere, trotz Zeitverschiebung, sehr gut. Und doch könne das Digitale nicht alles ersetzen. „Wir trinken ja auch gerne mal ein Bier zusammen“, erzählt Ibel. Am Computer fehle da schon etwas. Er plädiert deshalb für „eine hybride Struktur der Parteiarbeit“. Ausgerechnet Corona könnte sich dafür als ein Türöffner erweisen. „Die vergangenen Monate haben die technische Hemmschwelle in der SPD deutlich herabgesetzt“, hat Sebastian Jahnz beobachtet. Das könne eine Chance für eine neue Form der Parteiarbeit sein. „Wir würden uns freuen, wenn es eines Tages mehrere ‚Docklands‘ überall in Deutschland gibt.“ ■

DER WAHLZETTEL BLEIBT PFLICHT

KANDIDATENAUFSTELLUNG Während der Pandemie können Kandidierende für die Bundestagswahl 2021 zum Teil digital aufgestellt werden. Einer entsprechenden Verordnung des Bundesinnenministeriums hat der Bundestag im Januar zugestimmt. Wir beantworten die häufigsten Fragen



Wie können in der Pandemie die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahl aufgestellt werden?

Die Verordnung des Bundesinnenministeriums eröffnet in Zeiten der Pandemie den Parteien die Möglichkeit, von einigen Bestimmungen des Wahlrechts und ihrer Satzungen abzuweichen. So gibt es nun die Möglichkeit, Wahlveranstaltungen ganz oder teilweise digital durchzuführen. Die Stimmberechtigten können ihre Rechte dann auch digital wahrnehmen. Am Ende des Verfahrens zur Wahlaufstellung ist allerdings in jedem Fall eine Schlussabstimmung mit einer klassischen Urnen- und/oder einer Briefwahl erforderlich. Die Möglichkeit, Wahlversammlungen als Präsenzveranstaltung durchzuführen, bleibt weiterhin bestehen. Je nach Pandemielage sind dabei von der Reduzierung der Delegiertenzahl bis zur Verlegung in Fußballstadien auch kreative Lösungen denkbar. ■

Wie läuft eine digitale Wahlversammlung genau ab?

Wird eine Wahlversammlung digital durchgeführt, wird sie in der Regel in Form einer Videokonferenz erfolgen, bei der die Stimmberechtigten digital abstimmen können. Die Verordnung sieht vor, dass in der digitalen Veranstaltung die Bewerbungen für die Kandidaturen bereits vorermittelt, gesammelt und vorausgewählt werden. Die Ergebnisse dieser digitalen Vorabstimmung werden im Anschluss zur verbindlichen Abstimmung in einer Brief- oder Urnenwahl gestellt. Erst nach Auszählung

dieser Schlussabstimmung steht das finale Ergebnis fest. ■

In welchem Verhältnis stehen die digitale Vorabstimmung und die Brief- oder Urnenwahl?

Die Ergebnisse der digitalen Vorabstimmung sind für das weitere Verfahren verbindlich, da sie der Vorermittlung und Vorauswahl der Bewerbungen dienen. Zwar sieht unsere Wahlordnung eine solche digitale Vorabstimmung nicht vor, mit der Verordnung gibt es aber für die Bundestagswahl 2021 eine entsprechende Rechtsgrundlage, die das vorübergehend ermöglicht. ■

Wie läuft nach der digitalen Veranstaltung eine Urnenwahl ab?

Die in der digitalen Vorabstimmung getroffene Vorauswahl der Bewerbungen kann im Rahmen einer Urnenwahl zur erforderlichen Schlussabstimmung gestellt werden. In der Regel sollte dafür ein mehrstündiger Zeitraum vorgesehen werden, an dem die Stimmberechtigten in ein Wahllokal gehen können, um abzustimmen. Dabei ist organisatorisch sicherzustellen, dass die Hygieneregeln eingehalten werden können und niemand gefährdet wird. Sollten weitere Wahlgänge erforderlich werden, können diese auch mit einer Briefwahl durchgeführt werden. ■

Wie sieht es bei einer Briefwahl aus?

Wird das Ergebnis der digitalen Vorabstimmung im Rahmen einer Briefwahl

zur Schlussabstimmung gestellt, müssen alle Stimmberechtigten im Vorfeld ihre Briefwahlunterlagen erhalten. Die Stimmberechtigten erhalten ihre Stimmzettel dann im Anschluss an die digitale Veranstaltung und müssen ihre Briefwahlunterlagen fristgerecht zurückschicken. Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission zählt anschließend die Stimmzettel aus und verkündet das Ergebnis. ■

Wer entscheidet über die Form der Durchführung?

In welcher Form die jeweilige Wahlversammlung sinnvollerweise durchzuführen ist, liegt im Ermessen des jeweiligen einberufenden Vorstands. Die verschiedensten Gründe können sowohl für Veranstaltungen in Präsenz oder digital sowie für eine Urnen- oder eine Briefwahl sprechen. Das können insbesondere das aktuelle Pandemiegeschehen, aber auch die Verfügbarkeit von Räumen, die digitale Infrastruktur oder die Größe des Wahlkreises sein. Die Vorstände sind bei der Festlegung des Verfahrens jedoch nicht völlig frei, sondern bleiben, abgesehen von den punktuellen Freiräumen der Verordnung, an die Statuten und das Bundeswahlrecht gebunden. Die Details des Verfahrens sollten zudem in der Geschäftsordnung der Wahlversammlung miteinander vereinbart werden. ■

Corona-Ausnahme: digital nominieren, analog wählen

MEHR INFORMATIONEN
SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider über die Änderungen des Wahlgesetzes in der Corona-Krise
vorwaerts.de/wahlgesetz

Verschiebung des gemäß § 21 Nr. 2 und § 32 Organisationsstatut einberufenen

AUSSERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAGS

auf Sonntag, den 9. Mai 2021, von 11 Uhr bis 16 Uhr

Der Antragsschluss ist Montag, der 29. März 2021, 24 Uhr.

Der Parteitag findet in digitaler Form in Berlin statt.

Vorläufige Tagesordnung

Beginn	11 Uhr
TOP 1	Begrüßung und Eröffnung
TOP 2	Konstituierung - Wahl des Tagungspräsidiums - Beschluss über die Tagesordnung - Beschluss über die Geschäftsordnung - Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
TOP 3	Rede der Parteivorsitzenden
TOP 4	Nominierung des Kanzlerkandidaten / der Kanzlerkandidatin
TOP 5	Beratung und Beschluss des Regierungsprogramms
TOP 6	Schlusswort
Ende	16 Uhr



In der Bildungspolitik zu Hause: Andreas Stoch war 2013 bis 2016 Kultusminister in Baden-Württemberg. Geht es nach ihm, soll die SPD ab März im Südwesten wieder mitregieren.

DER KÄMPFER FÜR BILDUNG UND SOZIALES

ANDREAS STOCH Den SPD-Vorsitz in Baden-Württemberg übernahm er in schwierigen Zeiten. Doch Verantwortung scheut der Heidenheimer nicht: Er will die Sozialdemokraten bei der Landtagswahl im März mit einem guten Ergebnis wieder in Regierungsverantwortung bringen

Von Benedikt Dittrich

Erst packt er an, jetzt greift er an: Andreas Stoch kämpft in Baden-Württemberg für eine Rückkehr in die Landesregierung. Es ist ein Wahlkampf, der in der heißen Phase fast ausschließlich digital stattfindet – während der Kampf gegen Krise und Pandemie die Politik landesweit beherrscht.

„Es brennt“, sagt Andreas Stoch – und damit meint er noch gar nicht die Coronakrise, die die Bundesrepublik und sein Bundesland seit einem Jahr immer wieder neu herausfordert. Nein, der SPD-Spitzenkandidat im Südwesten meint die vielen anderen Probleme, die er in Baden-Württemberg sieht. Den Strukturwandel in der Automobilindus-

PORTRÄT

trie zum Beispiel. „Davon hängt die Zukunft des Landes ab“, sagt Stoch. Oder die Wohnungspolitik in dem Bundesland, das zu den reichsten der Bundesrepublik gehört. „Wir müssen uns jetzt kümmern“, betont er. All diese Probleme seien derzeit aber unter einer „Corona-Schneedecke“ verborgen.

Umso mehr ärgert sich der Sozialdemokrat über die Bildungspolitik in Baden-Württemberg, die seine direkte Konkurrentin Susanne Eisenmann zu verantworten hat. Die CDU-Spitzenkandidatin forderte als Kultusministerin schon im Dezember vehement die Öffnung der Schulen – unabhängig von hohen Infektionszahlen, düpierte spä-

ter sogar Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen. „Jenseits von gut und böse“, nennt Stoch das, er wirft ihr vor, ohne Konzept die Gesundheit aller aufs Spiel zu setzen. Sein Konzept hingegen ist klar: Schulklassen, wenn, dann nur im täglichen Wechsel unterrichten. „Das ist aus wissenschaftlicher und pädagogischer Sicht der beste Weg“, erklärt er.

Keine Scheu vor Verantwortung

Dabei weiß Stoch, wovon er spricht: Bis 2016 war er selbst Kultusminister im Land. Eine Verantwortung, an die er wieder anknüpfen will. Während Wahlkampf auf der Straße schwierig

ist, hält er weiterhin die Kontakte aufrecht, trifft sich digital mit Lehrern und Eltern, Gewerkschaften und Funktionsträgern. Sichtbar werden soll der Wahlkampf auf der Straße traditionell mit Plakaten, hinzu kommt in diesem Jahr aber auch ein „Wahl-Magazin“ in hoher Auflage, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Die SPD soll wieder mitregieren, das ist für die Sozialdemokratinnen und -demokraten im Ländle klar. Damit das gelingt, setzt Stoch auf klare Kante gegen rechts, plädiert dafür, in der Krise auf die Wissenschaft zu hören und kämpft mit dem Slogan „Das Wichtige jetzt“ um jede Stimme. Ein aktiver, handlungsfähiger Staat werde mehr gebraucht denn je, das zeige die Krise jeden Tag. Außerdem hat er schon seit 2019 richtig angepackt: Bei „Stoch packt's an“ arbeitete er tageweise als Gärtner, Kurier, Verkäufer, Schornsteinfeger, Altenpfleger u. v. m.

Der Weg in die Spitzenpolitik war für Andreas Stoch gar nicht so deutlich vorgezeichnet: 2009 kommt er als Nachrücker in den Landtag, kann aber 2011 sein Mandat verteidigen. 2013 wird er als Minister für Kultur, Jugend und Sport vereidigt. Mit dem Ausschei-

den aus der Regierung 2016 wird er zunächst Fraktionschef, 2018 übernimmt er dann auch den Landesvorsitz, um die Partei nach einer Führungskrise wieder zu einen. Das gelingt. 2020 wird er Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2021.

„Karriere in der Politik kann man nicht planen“, sagt Stoch rückblickend, „und das sollte man auch nicht.“ Es ist immer nur Verantwortung auf Zeit.“ Aber: Für Gerechtigkeit hat er schon im-



Karriere in der Politik kann man nicht planen – und das sollte man auch nicht. <<

Andreas Stoch,
SPD Baden-Württemberg

mer gestritten. Zehn Jahre arbeitete er als Anwalt, bevor er in den Landtag einzog. Für das Jura-Studium hatte er sich bewusst entschieden, ein Stipendium der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglichte dem jungen Erwachsenen aus einem Arbeiterhaushalt die Hochschulausbildung. „Für mich war als 19-Jähriger klar, dass ich finanziell auf eigenen Füßen stehen will“, sagt Stoch. Studium und Beruf seien auch eine gute Grundlage für seine zweite Leidenschaft gewesen, die Politik. „Ich kann mich schnell in neue Sachverhalte einarbeiten.“

Eine weitere bewusste Entscheidung: Stoch war, ist und bleibt Heidenheimer. Die schwäbische Alb vor der Haustür zieht der 51-Jährige dem Lärm und der Anonymität der Großstadt vor, egal ob Stuttgart oder Berlin. „Wir haben hier Lebensqualität ohne die Nachteile eines Ballungsraums“, sagt er über seine Heimat an der Grenze zu Bayern. In den Wald braucht er zwei Minuten, in fünf Minuten ist er auf dem Wochenmarkt, aber auch nach Stuttgart muss der vierfache Familienvater nur eine Stunde fahren. Das, unterstreicht Stoch, sei für ihn aber auch der notwendige Abstand zur Politik, den er braucht. ■



„Stoch packt's an“: Hier übt er sich 2019 in dem Beruf des Paketboten.

BUNTE KÜCHE

Kochsendungen im Fernsehen boomen. Warum nicht auf der Welle mitschwimmen?, dachte sich die AG Migration und Vielfalt in der SPD. Ihr neues Format „Kitchen in Colour“ dient allerdings nicht nur der Unterhaltung. Zwischen Töpfen und Pfannen sprechen Stella Kirgiane-Efremidou und Eda Akcan-Grah aus dem AG-Vorstand mit einem Gast über „leichte und schwere politische Kost“ – während nebenher ein schmackhaftes Mittagessen entsteht. Das kulinarische Gespräch aus den Küchen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird live auf der Facebook-Seite



der Arbeitsgemeinschaft übertragen. Premiere war am 31. Januar. Mit dem AG-Vorsitzenden Aziz Bozkurt kochten Kirgiane-Efremidou und Akcan-Grah eine „Bowlé á la Aziz“. Wer Lust hat, selbst als Gast dabei zu sein, kann sich bei der Arbeitsgemeinschaft melden. ■ BD/KD

MITMACHEN

SCHREIBT UNS ÜBER EURE AKTIONEN

Euer Ortsverein hat in den vergangenen Jahren deutlich an Mitgliedern zugelegt? Ihr macht vor Ort mit kreativen Ideen auf die SPD aufmerksam? Dann schickt uns einen kurzen Text über eure Aktion! Wir stellen gern vor, was in Arbeitsgemeinschaften, Ortsvereinen und Unterbezirken passiert. Deshalb sagt uns Bescheid – und lest über euch im „vorwärts“. ■

Schreibt per E-Mail an:
parteleben@vorwaerts.de

DIGITAL MIT STRATEGIE

„Digital sind wir nicht überrascht worden“, sagt der Vorsitzende des OV Oberneuland Derik Eicke. Während andere Ortsvereine in der Corona-Pandemie erst anfangen, mit Videokonferenzen zu experimentieren, haben sich die Bremer schon vor schon vor 15 Jahren eine eigene Digitalstrategie zugelegt. Im vergangenen Frühjahr sind die beiden neuen Formate „30 Minuten kompakt“ und „Derik Eicke im Gespräch“ entstanden. Dabei werden die im Ortsteil lebenden Menschen über die neuesten kommunalpolitischen Themen informiert, kontaktlos und zu Hause. ■ UB/KD

WELTBÜRGER REUTER

Er ist das, was man einen Weltbürger nennt. Geboren wurde Edzard Reuter 1928 in Berlin. Kindheit und Jugend verbrachte er in der Türkei. Nach der Machtergreifung der Nazis war Vater Ernst Reuter mit der Familie dorthin ins Exil gegangen. 1946 kehrten die Reuters zurück. Edzard wurde SPD-Mitglied, studierte erst Mathematik und später Jura. 1987 wurde er Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG. In dieser Funktion trat er für eine „offene“ Unternehmenskultur ein. Am 16. Februar feiert Edzard Reuter seinen 94. Geburtstag. ■ KD

Auf Nadjas Couch mit Katharina Schenk



AUF DER COUCH

Wahlkampf unter Corona-Bedingungen ist nicht leicht. Abstand halten, lautet schließlich das Gebot der Stunde. Nadjä Sthamer lädt deshalb auf ihr Sofa ein – digital natürlich. „Auf Nadjas Couch“ lautet das Format, das Ende Januar Premiere feierte. Die designierte Kandidatin für den Bundestagswahlkreis Leipzig II sprach per Videokonferenz mit der Staatssekretärin für Kommunales im Thüringer Innenministerium Katharina Schenk. Beide kennen sich aus ihrer gemeinsamen Zeit im Landesvorstand der sächsischen Jusos. Thema der ersten Couch-Sitzung war die Situation der freien Kulturszene in Leipzig. Interessierte konnten sich vom eigenen Sofa oder Küchentisch aus zuschalten und mitdiskutieren. Bis Sommer plant Sthamer das Format als digitale einstündige Diskussion einmal im Monat. ■ JJ/KD



GLOBAL GEDACHT

Von Rafael Seligmann

Die Corona-Pandemie mit bislang 100 Millionen Erkrankten und mehr als zwei Millionen Toten verschärft die weltweite Ungleichheit in den Feldern Gesundheit, Wirtschaftskraft, Beschäftigung, Einkommen, Bildung. Zyniker wie der abgewählte US-Präsident Trump mit seinem entlarvenden Motto „America first“ nehmen es hin. Washington zog sich aus der Weltgesundheitsorganisation WHO zurück. **Chinas** Führung dagegen spricht von globaler Verantwortung, tatsächlich aber verheimlichte sie das Aufkommen und die Ausbreitung des Corona-Virus – mit argen Folgen für die globale Gesundheit und die Ökonomie.

Unter der Tatenlosigkeit leiden die Ärmsten weltweit, aber auch in den **USA**, in **Brasilien**, **Großbritannien**. In den USA sind bislang mehr als 400.000 Menschen, zumeist Ärmere, an Covid-19 gestorben. Die Wirtschaftsleistung der USA sank von plus 3 Prozent auf minus 4,6 Prozent. Während sich die Arbeitslosenrate auf 6,7 Prozent verdoppelte. In der EU fiel die Wirtschaft auf minus 7,4 Prozent, selbst in Deutschland sank sie um 5 Prozent. China dagegen blieb selbst 2020 im leichten Plus. Nun brummt Pekings Ökonomie wieder mit plus 7 Prozent!

In **Afrika** dagegen ist die Situation bestürzend. Schätzungen gehen von 15 Prozent Beschäftigungslosigkeit aus. In manchen Staaten südlich der **Sahara** haben doppelt so viele keine Arbeit. Frauen sind besonders betroffen. Die Unterernährung steigt. Für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung bleibt kaum Geld. Die armen Länder sind auf unsere Unterstützung angewiesen. In unserem Interesse. Das weiß auch die neue US-Regierung. „Covid wird nirgendwo besiegt sein, bevor es nicht überall besiegt ist“, stellt Stanley McChrystal, ein Berater von Präsident Joe Biden, fest. Den Worten müssen Taten folgen. Die Impfstoffproduktion muss mit allen Mitteln angekurbelt werden. Die Medikamente sind weltweit zu verteilen. Oberste Priorität hat der Gesundheitsschutz. Er steht vor Profit. Maßnahmen wie Homeoffice senken in einem Hochtechnologieland wie Deutschland das Risiko. Solidarität muss umfassend sein. Am Wohnort, im Staat und international. Effizienz muss hinzukommen. ■

KEIN DENKMAL

AUSSTELLUNG Helmut Schmidt und sein Wirken werden in Hamburg gewürdigt



Ein Hingucker: In Hamburg ist eine neue Dauerausstellung über Leben und Wirken Helmut Schmidts zu sehen – vorerst nur virtuell.

Die Eröffnung war ursprünglich für den 10. November 2020 geplant, den fünften Todestag von **Helmut Schmidt**. Corona-bedingt müssen die Türen der neuen Dauerausstellung der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung in Hamburg aber vorerst geschlossen bleiben. Virtuell ist allerdings ein erster Rundgang mit den Kuratoren der Ausstellung „Schmidt! Demokratie leben“ auf der Internetseite der Stiftung bereits möglich. Der SPD-Politiker und sein Wirken würden darin nicht „in Stein gemeißelt oder wie ein Denkmal behandelt“, wie der Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer der Stiftung **Meik Woyke** betont. Es gehe vielmehr um eine kritische Bestandsaufnahme und die Darstellung des Kanzlers mit all seinen Vorzügen und Widersprüchen. So wurde auf 270 Quadratmetern ein zeitlich-thematischer Rundgang konzipiert, der sich facettenreich mit dem Leben und der Lebensleistung Helmut Schmidts und damit auch mit fast einhundert Jahren deutscher und internationaler Zeitgeschichte auseinandersetzt. ■ *KD/BN*

HAKEN DRAN

Wer Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft sein möchte, kann sich dieser seit Anfang des Jahres selbst im Internet zuordnen. Auf spd.de wurde im internen „Mein Bereich“ die neue Rubrik „Arbeitsgemeinschaften“ eingerichtet, in der jedes SPD-Mitglied seine AG-Zuordnungen jeweils als Häkchen sehen und weitere AG-Zuordnungen selbstständig hinzuwählen oder auch beenden kann. Eine Ausnahme sind die Jusos. Wer bereits Mitglied einer AG ist und daran nichts ändern möchte, muss nichts unternehmen. Die Verwaltung sämtlicher Mitgliedsdaten kann auch weiterhin über die bekannten SPD-Servicestellen veranlasst werden. ■ *KD*

KINDERBONUS HILFT

Der wegen Corona im vergangenen Jahr gezahlte Kinderbonus in Höhe von 300 Euro hat für mehr sozialen Ausgleich in Deutschland gesorgt. Das zeigt eine Untersuchung des Münchner ifo-Instituts im Auftrag des Bundesfinanzministeriums. Demnach wurden vor allem Geringverdienende entlastet. Ihr Einkommen stieg im bundesweiten Durchschnitt um 1,2 Prozent. Die Armutrisikoquote sank um 0,4 Punkte auf 12,7 Prozent, bei Kindern und Jugendlichen um 1,5 Punkte auf 15,5 Prozent. In diesem Jahr soll erneut ein Kinderbonus von 150 Euro gezahlt werden. ■ *KD*

EHRE FÜR ÜBERLEBENDE

Das „Lonka Projekt“ ist eine Hommage an die Überlebenden des Holocaust. 250 Fotografinnen und Fotografen haben viele porträtiert. Einige der Aufnahmen sind bis zum 11. April im Berliner Willy-Brandt-Haus zu sehen. Die ganze Ausstellung kann virtuell besucht werden. ■

Die virtuelle Ausstellung finden Sie unter: fkwbh.de/ausstellung/das-lonka-projekt

TOD EINES KÄMPFERS



Alles gelungen ist ihm nicht, aber vieles. Zwar konnte **Rainer Glaab** nicht in den Bundestag einziehen als er 1998 und 2002

in seiner Heimatstadt Aschaffenburg kandidierte. Das SPD-Ergebnis deutlich verbessern, konnte er aber schon. 2006 holte die BayernSPD Rainer Glaab als Kampagnen-Chef für ihre Wahlkämpfe nach München, zuletzt war er Abteilungsleiter in der SPD-Landeszentrale. Auch für den „vorwärts“ war er stets ein wichtiger Ansprechpartner. Am 22. Dezember 2020 verlor Rainer Glaab den Kampf gegen den Krebs. Er wurde 46 Jahre alt und hinterlässt seine Frau und zwei Kinder. ■ *KD*

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH

Carl Ewen
ehem. MdB
zum 90. Geburtstag

Jürgen Meyer
ehem. MdB
zum 85. Geburtstag

Konrad Gilges
ehem. MdB:
Herbert Hachtel
ehem. OB in Rothenburg
o.d.Tauber
Eckhart Pick
ehem. MdB
Günter Schlatter
ehem. MdB
zum 80. Geburtstag

Klaus-Peter Bachmann
ehem. Landtagsvizepräsident
in Niedersachsen
Gabriele Behler
ehem. Wissenschaftsministerin in NRW
Edelgard Bulmahn
ehem. Bundesbildungsministerin
Dagmar Mühlenfeld
ehem. OB in Mülheim
an der Ruhr
Ernst-Dieter Rossmann
MdB
zum 70. Geburtstag

Was sieht Ihre Vision für die Arbeiterwohlfahrt (AWO) aus?

Gäbe es Corona nicht, wären „Visionen“, besser Ziele, für mich stärker abbildbar. So aber haben wir trotz Rettungsschirm Einrichtungen, die zu kämpfen haben. Da ist Konsolidierung angesagt. Zweites Thema ist die anstehende Bundestagswahl: Wir wollen im Wahlkampf und den anschließenden Koalitionsverhandlungen unsere Ideen unterbringen. Uns ist wichtig, dass Sozialpolitik nicht zu kurz kommt, damit – um bei ihrem Wort zu bleiben – Visionen überhaupt eine Chance haben. Wir müssen beigesteuert mit unseren Ideen und unserem Miteinander. Denn das Miteinander scheint durch Corona wieder stärker in den Fokus zu rücken. Hier müssen wir Angebote machen. Solidarität hat etwas Mitreißendes.

Welche Schwerpunkte haben Sie sich dabei gesetzt?

Wenn man ein 100-Tage-Programm nehmen wollte, würde ich drei Schwerpunkte setzen. Zum einen die Bekämpfung von Kinderarmut – ich bin Sprecher

vom „Bündnis Kindergrundsicherung“ – zum anderen die faire und gerechte Entlohnung in der Pflege. Drittens möchte ich den AWO-Wert Gerechtigkeit an folgenden Stellen konkretisieren: Wie

werden die Lasten nach Corona gerecht verteilt? Klar muss sein, dass die starken Schultern mehr leisten müssen als die schwachen. Und wie werden die Folgekosten des Klimawandels umgelegt? Auch die müssen ehrlich benannt und gerecht verteilt werden.

Was macht die Zusammenarbeit von AWO und SPD aus?

Kennen Sie noch den alten Dreiklang: SPD, Gewerkschaft, AWO? Das war Standard. Nimmt man das Wahlprogramm der SPD und unsere Grundwerte, da ist kaum Luft dazwischen. Deshalb glaube ich, dass SPD und AWO viele Projekte gemeinsam voranbringen und sich wechselseitig unterstützen können. ■ VR

Jens M. Schubert ist seit Januar Vorstandsvorsitzender des AWO-Bundesverbandes. Der Jurist lehrt als Professor an der Universität Lüneburg.

Das vollständige Interview lesen Sie unter [vorwaerts.de/neuer-awo-chef](https://www.vorwaerts.de/neuer-awo-chef)

DREI FRAGEN AN



JENS M. SCHUBERT



Angebote an die Jugend machen: Juso-Vorsitzende Jessica Rosenthal

ROSENTHAL IST NEUE JUSO-CHEFIN

Seit Anfang Januar werden die Jusos von **Jessica Rosenthal** geführt. In der Abstimmung per Briefwahl erhielt die 28-jährige Lehrerin aus Bonn 77,8 Prozent der Delegierten-Stimmen. Der Bundeskongress hatte digital stattgefunden und bereits im November 2020 begonnen. Danach war er unterbrochen worden, um die Einsendung der Briefwahlstimmen sowie deren Auszählung zu ermöglichen. Das Ergebnis wurde am 8. Januar im Willy-Brandt-Haus bekannt gegeben. Jessica Rosenthal will den eigenständigen Juso-Kurs ihres Vorgängers **Kevin Kühnert** fortsetzen. Bereits im November hatte sie an **Olaf Scholz** gerichtet sagt: „Diese Partei und auch du als Kanzlerkandidat müssen starke Angebote an die Jugend machen.“ ■ KD

GELD FÜR GUTE IDEEN

Bis zum 28. Februar können sich SPD-Gliederungen um den Innovationsfonds bewerben. „Mit einer Förderungssumme zwischen 1.000 und 5.000 Euro wollen wir Unterbezirke und Kreisverbände dazu anregen und motivieren, innovative, kreative und auch einfach mal unkonventionelle Projekte zu starten“, erklärt SPD-Generalsekretär **Lars Klingbeil** die Idee. Das Geld muss dafür eingesetzt werden, die Idee bis zum Ende des Auszahlungsjahres umzusetzen. ■ KD

VORWÄRTS-KONFERENZ

„Sozial und gerecht: Wie gestalten wir die Arbeitswelt von morgen?“ Unter diesem Titel findet am 17. Februar die dritte vorwärts-Digitalkonferenz statt. Ab 18 Uhr diskutieren SPD-Kanzlerkandidat **Olaf Scholz**, die Bundestagsabgeordnete **Yasmin Fahimi** und **Christoph Bornschein**, Gründer und CEO der TLGG GmbH. Interessierte können das Gespräch auf dem Youtube- und dem Facebook-Kanal des „vorwärts“ verfolgen. ■ KD

UNSER EUROPA

ITALIENISCHES CHAOS

Die Regierungskrise in Rom lässt auch die EU nicht unberührt

Von Kay Walter

Mitten in der Corona-Pandemie schaltet Italien in den Leerlauf und gönnt sich eine Regierungskrise. Manch einer hält Krise eh für den Dauerzustand italienischer Politik; Europa bleibt davon nicht unberührt.

Nun soll es Mario Draghi richten. Staatspräsident Mattarella fordert eine Expertenregierung der „nationalen Einheit“ und hat den 73-jährigen ehemaligen EZB-Chef Draghi mit der Aufgabe betraut. Der Appell des Präsidenten „an alle politischen Kräfte einer Regierung das Vertrauen auszusprechen, die ein hochrangiges Profil hat und sich mit keiner politischen Formel identifiziert“ klingt dabei mehr nach flehentlicher Bitte, denn als Arbeitsauftrag. In der Pandemie bei gleichzeitiger ökonomischer und sozialer Krise, so der Präsident, brauche Italien so schnell wie möglich eine handlungsfähige Regierung und schloss damit Neuwahlen aus.

Die Regierung Conte war am Streit über die Verwendung der 209 Milliarden Euro Corona-Hilfen der EU zerbrochen. Der Ex-Sozialdemokrat Matteo Renzi hatte das Scheitern betrieben, vorgeblich um eine sinnvollere Verwendung der Gelder für Zukunftsausgaben zu erreichen.

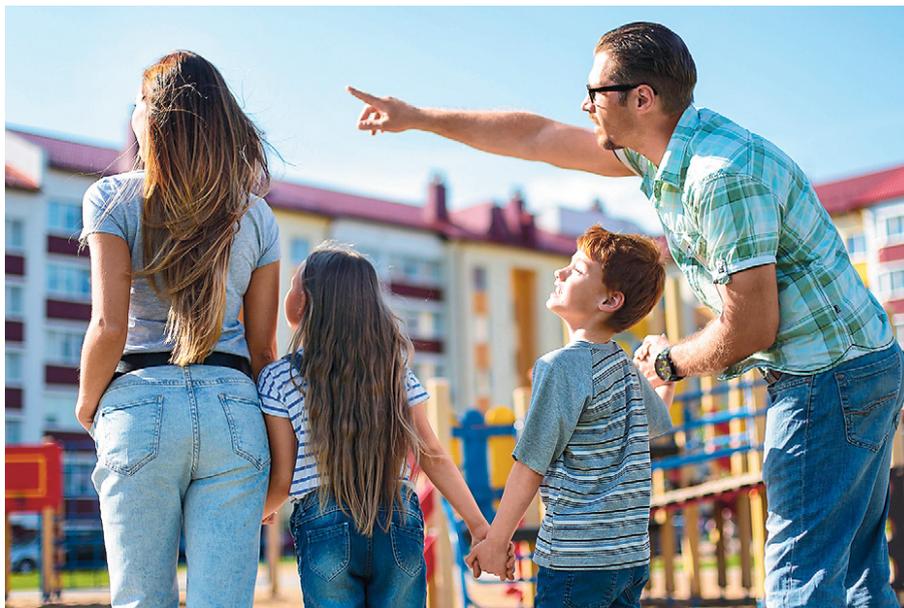
Dieses Anliegen konnte aber nicht Renzis Hauptziel kaschieren, den Konkurrenten Giuseppe Conte abzusagen. Es scheint, als habe der selbstbewusste – andere sagen selbstverliebte – Renzi, heute Chef der Splitterpartei Italia Viva, seine Ziele erreicht. Rivale Conte musste weichen und Neuwahlen – bei denen Renzis Partei nach allen Prognosen kaum 3 Prozent erreichen könnte – sind vermieden. Sein Einfluss auf die zu bildende Regierung Draghi ist groß, denn seine Stimmen werden dringend gebraucht.

Und damit ist das Dilemma des Mario Draghi beschrieben: Er benötigt die Stimmen von Mitte-rechts bis Mitte-links, von Sozialdemokraten und von Berlusconi, von Selbstdarstellern wie Renzi, wie von der 5-Sterne-Bewegung des Politclowns Beppe Grillo. Auf längere Sicht ist ein solcher Spagat kaum aushaltbar.

Dann drohen doch Neuwahlen und damit die Ultrarechten von Salvini und Meloni. Der selbst ernannte „Verschrotter“ Renzi hätte Italien dem Schrotthaufen der Geschichte einen Schritt nähergebracht und die EU erneut gefährdet. ■

KINDERKRANKENTAGE: SCHNELLE HILFE FÜR ELTERN

Um Eltern in der Pandemie zu entlasten, hat der Bundestag die Verdopplung der Kinderkrankentage beschlossen. Damit „weiten wir den Anspruch auf das Kinderkrankengeld aus und schaffen eine schnelle und rückwirkende Lösung, die den Eltern die nötige Planungssicherheit gibt“, sagte die Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Bärbel Bas. „Die Eltern, die ihre Kinder pandemiebedingt zu Hause betreuen müssen, brauchen dringend Unterstützung und die bekommen sie jetzt“, so Bas. Gesetzlich versicherte Eltern können im Jahr 2021 pro Kind und Elternteil 20 statt 10 Tage Kinderkrankengeld beantragen, insgesamt bei mehreren Kindern maximal 45 Tage. Für Alleinerziehende erhöht sich der Anspruch um 20 auf 40 Tage pro Kind und Elternteil, maximal bei mehreren Kindern auf 90 Tage. Der Anspruch besteht auch, wenn ein Kind nicht krank ist, aber zu Hause betreut werden muss. Eltern können das Kinderkrankengeld auch beantragen, wenn sie im Homeoffice arbeiten. ■



Endlich eine Perspektive: Gerade junge Familien leiden unter den hohen Kosten für Wohnraum.

SPD-Fraktion: Bezahlbarer Wohnraum für alle – jetzt!

Das Baulandmobilisierungsgesetz soll möglichst noch im ersten Quartal 2021 verabschiedet werden

Lange hatte die Union gebremst, doch nun war es so weit: Ende Januar begann die parlamentarische Beratung des Baulandmobilisierungsgesetzes mit der 1. Lesung. „Endlich!“, wie es aus der SPD-Bundestagsfraktion heißt.

„Die Baugesetzbuchnovelle ist ein elementarer Baustein, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und erhalten“, betonen Bernhard Daldrup, baupolitischer

Sprecher, und Claudia Tausend, die zuständige Berichterstatterin der Fraktion. „Die soziale Bodenpolitik ist für die SPD-Fraktion im Bundestag ein wichtiger Gradmesser für die Bilanz dieser Bundesregierung.“ Für die beiden ist klar: „Wir wollen so schnell wie möglich für neue Wohnungen sorgen – bezahlbar und sozial.“

In dem nun vorliegenden Gesetzentwurf sind mit dem besseren Schutz für

Mieterinnen und Mieter vor der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen sowie dem erleichterten Baugebot wieder zentrale Elemente enthalten, die die Union lange blockiert hatte. „Das ist ein großes Verdienst der Ministerinnen und Minister der SPD“, erklären die Abgeordneten Bernhard Daldrup und Claudia Tausend.

Die SPD-Fraktion will mit dem Gesetz Leitplanken gegen Wohnraumspekulation setzen und den Kommunen mehr Handlungsspielräume zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums geben. Ganz konkret sollen in angespannten Wohnungsmärkten Vorkaufrechte von Städten und Gemeinden erleichtert werden, damit sie Bauland für den Bau preiswerter Wohnungen erwerben können. Weiter ist es ein Ziel der Novelle, vor Ort flexible Lösungen für Nachverdichtungen zu ermöglichen. Und es soll dafür gesorgt werden, dass die Kommunen auch in den Innenstädten mehr sozialen Wohnungsbau vorgeben können. Mit Hilfe des Baugebotes wird es Kommunen in Gegenden mit starkem Wohnungsmangel künftig erleichtert, dafür zu sorgen, dass Brachflächen bebaut werden und mit ihnen nicht spekuliert wird.

„Nun braucht es zügig die parlamentarische Umsetzung, damit dieses so wichtige Gesetz endlich in Kraft treten kann“, betonen die SPD-Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup und Claudia Tausend. „Wir brauchen besser heute als morgen mehr bezahlbare Wohnungen.“ Die SPD-Fraktion will, dass das Baulandmobilisierungsgesetz noch im ersten Quartal 2021 verabschiedet wird. ■



Betreuung zu Hause: Der Staat hilft den Eltern.

EEG-Novelle: Die Energiewende wird zum Mitmachprojekt

Der Bundestag hat eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen. Die SPD-Fraktion hat dabei wichtige Punkte aus ihrem Zukunftspakt für Erneuerbare Energien durchgesetzt, für die sie seit Jahren gestritten hat. So wird die Energiewende zu einem Mitmach-Projekt für alle gemacht. Dazu gehören die Erleichterung des Eigenverbrauchs, angemessene Anschlussregelungen für Altanlagen und ein verbindlicher Bund-Länder-Kooperationsmechanismus. Konkret enthält das neue EEG-Gesetz folgende Verbesserungen: Mieterstrom wird entbürokratisiert. So können mehr Mieterinnen und Mieter von der Energiewende profitieren. Weiter erhalten die Kommunen und ihre Bürgerinnen und Bürger breite Beteiligungsmöglichkeiten, indem der Gewerbesteueranteil für Erneuerbare Anlagen erhöht wird und Zuwendungen ohne Gegenleistung möglich sind. Der Verbrauch von selbst produziertem Sonnenstrom wird günstiger gemacht. Kleinanlagen – Neuanlagen, Bestandsanlagen und ausgeförderte Anlagen – sind von der EEG-Umlage freigestellt. Damit wird sichergestellt, dass ausgeförderte Anlagen nach 20 Jahren weiter wirtschaftlich betrieben werden können. Auch wird ein verbindlicher Koordinierungsmechanismus zwischen Bund und Ländern eingerichtet. Jedes Jahr berichten die Länder ihren Stand beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Doch die SPD-Fraktion will mehr: einen stärkeren Ausbau der Windenergie an Land und der Photovoltaik sowie eine schrittweise Absenkung der EEG-Umlage über ein neues Finanzierungsmodell zur Förderung Erneuerbarer Energien. ■



Gute Nachricht für Eltern: Sie erhalten mehr Flexibilität.

Elterngeldreform – mehr Unterstützung für Eltern

Der Bundestag hat weitere Verbesserungen im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz beschlossen. So werden Elterngeld, ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus noch flexibler und einfacher. „Mit der Reform sorgen wir dafür, dass Eltern das Elterngeld noch besser ihren Lebensumständen entsprechend anpassen können“, erklärt Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Mehr Unterstützung bekommen Eltern von Frühchen: „Je früher ihr Kind zur Welt kommt, desto länger erhalten sie das Elterngeld“, so Rix. Weiter wird die Regelung verlängert, dass der Partnerschaftsbonus nicht entfällt oder zurückgezahlt werden muss, wenn Eltern aufgrund der Corona-Pandemie mehr oder weniger arbeiten als geplant. ■

Impressum
Verlags-Sonderveröffentlichung
Herausgeberin:
 SPD-Bundestagsfraktion
 Josephine Ortleb, MdB
 Parlamentarische Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Anschrift:
 SPD-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

LESERBRIEFE

RATSPRÄSIDENTSCHAFT: DIE EU STEHT ZUSAMMEN

6/2020

Trotz Corona ein guter Lauf? Gemeinsames Aufbauprogramm – wer bezahlt das alles? Steuerdumping bei EU-Ländern...siehe Luxemburg, Irland. Ich glaube kaum, dass die EU etwas dagegen unternimmt. Also frommes Wunschdenken. *Enno Kuelsen, per E-Mail*

DEBATTENCAMP: DIE PROGRAMM-DISKUSSION

6/2020

Wenn ein Drittel der Bevölkerung vor Corona an Verschwörungstheorien geglaubt hat und im Zusammenhang mit Corona ein Viertel der Bevölkerung an so einen Quatsch glaubt, dann zeigt sich doch ein deutlicher Rückgang der Verschwörungstheoretiker. Denn ein Viertel von einem Ganzen ist weniger als ein Drittel. Es bleibt zwar noch viel zu tun an Aufklärung, aber wir sind auf einem guten Weg. *Monika Lipke, per E-Mail*

STEUERBETRUG WELTWEIT UND EFFEKTIV BEKÄMPFEN

6/2020

Beim Lesen des Artikels finde ich gut, dass Frau Wiecek-Zeul sich in einer Expertengruppe bei den Vereinten Nationen für Informationsaustausch einsetzt: Staaten, Regierungen und Ämter müssen sich gegenseitig alles das mitteilen, was für Steuereinnah-

men wichtig ist. Ebenso erfreut es mich, dass sie und Herr Walter-Borjans Menschen besser schützen wollen, die Ämtern solche Daten offenlegen, seien es Einzelne oder Vertreter von Nicht-Regierungs-Organisationen.

Johannes Müller, per E-Mail

Die Ideen von Herrn Walter-Borjans und Frau Wiecek-Zeul sind durchaus zu begrüßen, allerdings denke ich, es sollte unbedingt ein scharfes Augenmerk auch darauf geworfen werden, das Länder wie Luxemburg und die Niederlande, als Mitglieder der EU, nicht mit Niedrigst-Steuersätzen Unternehmen anlocken und dadurch die gesamte Bevölkerung der EU schädigen. Diesem Treiben muss unbedingt ein Ende bereitet werden.

Udo Neumann, per E-Mail

DIE KONSERVATIVEN UND VICTOR ORBÁN

6/2020

Ich teile aus vollem Herzen Euren Ärger darüber, dass die ungarische Fidesz immer noch der europäischen EVP-Fraktion angehört. Zur Wahrheit gehört aber ebenso, dass zur europäischen SPE immer noch die rumänische „Schwesterpartei“ PSD gehört. Diese unappetitliche Sammlung aus ehemaligen Ceauşescu-Anhängern, Nationalisten, Neokommunisten und Populisten hat in den vergangenen Jahren vor allem durch ein unglaubliches Ausmaß an Korruption von sich reden gemacht.

Kai Sauer, Weimar

(Anm. der Redaktion: Die SPE hat die PSD suspendiert.)

vorwärts

INS NETZ GEGANGEN

Folgen Sie uns bei
Facebook und Twitter:



[www.facebook.com/
vorwaerts1876](http://www.facebook.com/vorwaerts1876)



[www.twitter.com/
vorwaerts](http://www.twitter.com/vorwaerts)

Oder online auf:
www.vorwaerts.de

Die Redaktion behält sich vor,
Auszüge aus Leserbriefen zu
veröffentlichen.

Leserbriefe per Post:
vorwärts, Leserbriefe,
Postfach 610322, 10925 Berlin
per E-Mail:
leserbriefe@vorwaerts.de

NORBERT WALTER-BORJANS ZU BEWAFFNETEN DROHNEN

vorwärts.de 12/2020

Frieden schaffen mit immer mehr und „besseren“ Waffen war und ist nicht möglich. Glückwunsch in diesem Zusammenhang für den Aufschub einer Entscheidung als ersten Schritt zu einem Verzicht der Bewaffnung der vorhandenen Drohnen: Ein Weg also weg von der Denke, dass Kriege legal und machbar sind.

Heinz-Jürgen Heidemann, Kellinghusen

CORONA-PANDEMIE

vorwärts.de 12/2020

Ich finde die Unterstellung von Frau Kramp-Karrenbauer, Olaf Scholz betreibe Wahlkampf, absolut fehl am Platz. Denn es gibt Änderungsbedarf beim Covid 19-Management: Klare Ansagen an die Bevölkerung statt in das Belieben der Einzelnen gestellte Empfehlungen, ein verständliches allgemein gültiges Krisen-Konzept statt unübersichtlicher Flickenteppiche, vorausschauendes Handeln statt Schnellschüsse. Manche Probleme hätte man bei Anwendung des gesunden Menschenverstandes schon im Voraus erkennen können. Warum scheren so viele aus? Auch bei uns in Deutschland ist es so, es machen eben nur dann alle mit, wenn etwas verordnet und kontrolliert wird. (...) Heute verhalte ich mich solidarisch, morgen passt es mir gerade nicht. Würden wir bei der Verkehrsordnung so vorgehen wie beim Pandemie-Management, würde jeder Zweite bei einer roten Ampel durchfahren. *Bernd Kaschow, Oberschleißheim*

ANZEIGE

LASST UNS EINEN WALD PFLANZEN!



www.vorwaerts.de/epaper-abo

vorwärts

**JETZT E-PAPER
WEITER-
EMPFEHLEN!**



E-PAPER LÄSST BÄUME WACHSEN.

Für je 20 neue E-Paper-Abos spendet der »vorwärts« einen Baum. Die Bäume werden in Deutschland gesetzt. Also trommel laut für das E-Paper und lass uns einen Wald pflanzen!

WEIL ES UM MENSCHENRECHTE GEHT

LIEFERKETTENGESETZ Die SPD will Firmen verpflichten, in der globalen Produktion soziale und ökologische Mindeststandards einzuhalten. Doch die Zeit drängt – ein EU-Gesetz ist in Arbeit

Von Vera Rosigkeit

Er sei ziemlich sauer, erklärte Bundesarbeitsminister Hubertus Heil Mitte Dezember den Pressevertreterinnen und -vertretern in Berlin. Sieben Monate habe er gemeinsam mit CSU-Entwicklungsminister Gerd Müller und CDU-Wirtschaftsminister Peter Altmaier über Sorgfaltspflichten von Unternehmen in globalen Lieferketten verhandelt. Fortschritte habe es gegeben, aber keine Einigung.

Seitdem liegt das Gesetz im Kanzleramt auf Eis. Hauptstreitpunkt: die zivilrechtliche Haftung. „Wir wollen nichts Unmögliches verlangen, sondern Machbares“, so Heil. Unternehmen müssten in ihren Lieferbeziehungen die Risiken der Verletzung von Menschenrechten kennen und Maßnahmen dagegen ergreifen. Heil: „Kinderarbeit und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen haben im 21. Jahrhundert nirgends in der Welt mehr einen Platz und gehören entschlossen bekämpft.“

Ein Spitzengespräch zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) Mitte Januar trug zu keiner Einigung bei. Anfang Februar wurde ein weiteres Treffen mit den zuständigen Fachministern vertagt. Bei dem Gespräch habe es wohl

Annäherungen in wichtigen Sachfragen, aber keinen Abschluss gegeben, sagte ein Sprecher Heils im Anschluss.

Ökonomen unterstützen Pläne

Mehr als 70 Ökonominen und Ökonomen haben sich in einem Aufruf für ein Gesetz ausgesprochen, weil sich am Weltmarkt Lieferketten durchgesetzt hätten, „die zu einer Güterproduktion mit erheblichen negativen sozialen und ökologischen Kosten führen“ würden. Ein viel zu geringer Anteil der Wertschöpfung würde in den produzierenden Ländern des globalen Südens verbleiben. Das schränke ihre Entwicklungschancen ein. Auch Verbraucherinnen und Verbraucher würden von dem Gesetz profitieren. Denn bislang würden „verantwortungsbewusste Konsumententscheidungen“ durch „fehlende Transparenz und Preise erschwert, die nicht die tatsächlichen Kosten signalisieren“.

Zeitgleich laufen in Brüssel die Arbeiten an einem EU-Lieferkettengesetz auf Hochtouren. Anfang Dezember hatten sich erstmals alle 27 Mitgliedstaaten auf Initiative der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und unter Hubertus Heil auf die Ratsschlussfolgerungen „Menschenrechte und gute Arbeit in globalen

Lieferketten“ verständigt. Ende Januar nahm der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments den Initiativbericht an, der strikte Sorgfaltspflichten für Unternehmen vorsieht.

„Im Europäischen Parlament werden wir im März eine detaillierte Position mit unseren Anforderungen an ein Gesetz verabschieden“, erklärt der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange. Neben verbindlichen Regeln entlang der gesamten Lieferkette gehe es auch um ein Importverbot für Waren, die unter Zwangsarbeit hergestellt werden, betont er. Dazu zählten auch effektive Sanktionen gegen Unternehmen, die sich nicht an die Regeln halten. Betroffene sollen die Möglichkeit haben, auch vor europäischen Gerichten für ihr Recht zu streiten. „Wir wollen außerdem zivilgesellschaftliche Akteure in die Umsetzung eines Gesetzes einbinden. Als Berichterstatter im Ausschuss für internationalen Handel konnte ich diese Position durchsetzen.“

Bevölkerung ist für das Gesetz

Starke nationale Initiativen würden bei der Ausarbeitung eines europäischen Ansatzes helfen, unterstreicht Lange. Doch dass „wir am Ende am besten europäisch vorgehen, ist glaube ich ziemlich unumstritten“. Für Heil wäre ein europäisches Gesetz gut, um einheitliche Regeln zu haben. Auf nationaler Ebene hingegen drängt nun die Zeit: „Das BMAS ist fest entschlossen, ein wirksames Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden“, ließ das Ministerium nach vertagtem Gespräch am 5. Februar verlauten. Das verlange den Einsatz aller Beteiligten. „Das BMAS arbeite in der Bundesregierung weiter mit Hochdruck an diesem Ziel und dem Gesetz.“

Dabei weiß das Ministerium die Zivilgesellschaft hinter sich. Drei Viertel aller Befragten einer repräsentativen Umfrage von infratest dimap im Auftrag von Germanwatch e.V. sprachen sich im Herbst 2020 für ein Gesetz aus, mit dem deutsche Unternehmen künftig dafür sorgen müssen, dass ihre Produkte nicht unter Verletzung von Menschenrechten im Ausland hergestellt würden. Der Initiative Lieferkettengesetz haben sich inzwischen 124 Organisationen angeschlossen. ■

AUF EINEN BLICK

152 Mio.

Kinder sind weltweit gezwungen zu arbeiten.

40 Mio.

Menschen sind Opfer von Zwangsarbeit oder sexueller Ausbeutung.

2,8 Mio.

Menschen sterben jährlich bei Arbeitsunfällen.

374 Mio.

Menschen leiden unter arbeitsbedingten Erkrankungen.

QUELLE: INTERNATIONALE ARBEITS-ORGANISATION ILO



Ja zum Lieferkettengesetz: Am 9. September 2020 wird eine Petition mit 222.222 Unterschriften und der Unterstützung von 110 Organisationen dafür an das Bundeskanzleramt übergeben.

Wir bleiben dran: Aktuelles zum Thema unter vorwärts.de/Lieferketten



»FÜR UNSERE DEMOKRATIE SEHR ENTSCHIEDEND«

RUNDFUNK Warum die Öffentlich-Rechtlichen so wichtig sind und eine Gebührenerhöhung nötig ist, erklärt Medienexpertin Heike Raab

Interview Karin Nink

Heike Raab: Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und für Europa ist auch Medien-Staatssekretärin und Co-Vorsitzende der Medien- und Netzpolitischen Kommission des SPD-Parteivorstands.

Warum braucht man im digitalen Zeitalter noch öffentlich-rechtliche Medien?

Wir haben in Deutschland mit einem breit gefächerten privaten und öffentlich-rechtlichen Angebot eines der vielfältigsten Mediensysteme in Europa, ja in der ganzen Welt. Dieser journalistische Wettbewerb bietet eine unglaubliche Vielfalt. Zudem haben die Öffentlich-Rechtlichen ein weltweites Korrespondenten-Netz, das einen Schatz an Informationen birgt und abbildet.

Welchen Vorteil hat dabei die Pflichtfinanzierung der Öffentlich-Rechtlichen?

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen ziemlich allumfassenden Grundversorgungsvertrag. Er soll alle Menschen in Deutschland erreichen. Dafür müssen alle Sender der ARD, das ZDF sowie Deutschlandradio und Deutschlandfunk mit einem entsprechenden Nachrichten- und Informationsangebot sehr breit aufgestellt sein. Im deutschen Rundfunk- und Medienrecht ist abgesichert, dass unsere Medien basierend auf dem Grundgesetz Presse- und Rundfunkfreiheit genießen. Das ist auch für

unsere Demokratie sehr entscheidend. Und wer frei berichten können soll, der darf nicht durch wirtschaftliche Zwänge gezwungen sein, eine gewünschte Meinung zu vertreten. Genau dafür sorgt der Rundfunkbeitrag.

Sachsen-Anhalt hat im Dezember dem Staatsvertrag zur Anhebung der Rundfunkgebühren um monatlich 86 Cents nicht zugestimmt. Welche Folgen hat das?

Das ist ein bisher einmaliger Vorgang und ein Tabu-Bruch. Damit wird gegen den Willen der 15 anderen Bundesländer eine Erhöhung der Rundfunkgebühren verhindert, weil es dazu ein einstimmiges Votum im Länderkreis braucht. Derzeit sind die Folgen noch nicht unmittelbar zu spüren. Aber die Beitragsfinanzierung ist auf vier Jahre ausgelegt. Das heißt, wenn die nächsten Tarifsteigerungen auf die Sendeanstalten zukommen, wird es schwierig. Und im Laufe des Jahres wird sichtbar werden, dass z. B. Bereiche der Produktion in Mitleidenschaft gezogen werden.

Nun gab es den Vorwurf der extremen Rechten, die Öffentlich-Rechtlichen seien so etwas wie „Staatsfunk“?

Das Argument lässt sich leicht widerlegen: Denn die Programmaufsicht der Sender sind pluralistisch besetzte Gremien, die wesentliche Gruppen der Bevölkerung abbilden. Es finden sich da Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, aber eben auch der Politik. Es sind alle Religionen vertreten und Minderheiten. Die Sender entscheiden unabhängig, was im Programm gesendet wird.

Ein Unterscheidungsmerkmal zu privaten Sendern ist der gesetzliche Bildungsauftrag der Öffentlich-Rechtlichen...

Ja. Das ist eine wesentliche Aufgabe. Die Bedeutung von Information und Bildung ist gerade in jüngster Zeit wieder sehr gewachsen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Menschen ein unglaubliches Bedürfnis nach Information und damit auch nach Bildung haben. Wie flexibel und sich ihres besonderen Auftrags bewusst die Rundfunkanstalten da reagiert haben, zeigt das Homeschooling-Angebot in den Mediatheken.

Es wird aber auch im demokratischen Spektrum schon lange darüber diskutiert, ob die öffentlich-rechtlichen Sender noch zeitgemäß sind. Gibt es berechtigte Kritikpunkte?

Natürlich kann man auch Dinge besser machen. Warum haben die Sendeanstalten keine gemeinsame öffentlich-rechtliche Plattform? Wenn uns das in Deutschland gelingen würde, könnte das auch ein Modellprojekt für Europa sein. Außerdem müssen wir die digitale Transformation bei den Sendern ermöglichen. Es muss ja nicht jede Produktion zwingend linear ausgestrahlt werden. Dokus werden heute schon meist „on demand“, also auf Abruf, über die Mediathek geschaut. Und schließlich sollten wir prüfen, ob nicht mehr Synergien bei gemeinsamen Produktionen möglich sind.

Wie soll es jetzt ohne Gebührenerhöhung weitergehen?

Nachdem Sachsen-Anhalt einfach nicht abgestimmt hat, war klar, der Medienänderungsstaatsvertrag kommt nicht zustande. Es war absehbar, dass ARD, ZDF und Deutschlandradio Verfassungsbeschwerden eingelegt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat zwar abgelehnt, die Erhöhung des Rundfunkbeitrags zum 1. Januar per Eilantrag durchzusetzen. Eine inhaltliche Entscheidung hat das Gericht in der Sache aber noch nicht abgegeben. Deswegen haben die Bundesländer nun verschiedene Stellungnahmen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Wir hoffen im Interesse aller auf eine schnelle Entscheidung aus Karlsruhe. Parallel dazu werden wir den Prozess der Reform der Auftragsstruktur und der Finanzierung der Sender fortsetzen. ■

REZENSION

DIE FREIHEIT VERTEIDIGEN!

Rezension von Kay Walter

„Die Kraft der Demokratie“ heißt das Buch des Schweizer Publizisten Roger de Weck, und es ist das mit Abstand klügste politische Buch der vergangenen Jahre. De Weck hat eine Streitschrift für die Demokratie verfasst, eine Verteidigung der Werte der Aufklärung gegen die Angriffe von nationalistischen Populisten einerseits und von Big Data und Big Business andererseits. Und das in schlichten, klaren Sätzen. Das liest man nicht nur mit großem Gewinn, es liest sich auch von Anfang bis Ende mit ebenso großem Vergnügen. Das Credo des Buches könnte lauten: „Die liberale Demokratie braucht nichts und niemanden zu fürchten, solange die Demokraten selbst wissen, was sie an ihr haben und deshalb für und um sie streiten.“ Das Streiten für und um die Demokratie mahnt de Weck vehement an. Es sei modern, auf die Defizite der „liberalen Demokratie“ hinzuweisen, aber genau das spiele ihren Feinden in die Hände. ■



Roger de Weck DIE KRAFT DER DEMOKRATIE

Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre
Suhrkamp, 326 Seiten, 24 Euro
ISBN 978-3-518-42931-0

Lesen Sie mehr unter
[vorwaerts.de/deWeck](https://www.vorwaerts.de/deWeck)

Dicht an dicht marschieren Männer in braunen Uniformen mit Fackeln durch das Brandenburger Tor. Es ist der 30. Januar 1936. In Berlin begehen die Nazis pompös den dritten Jahrestag der „Machtergreifung“. In Prag rechnet der Exil-Vorstand der SPD, die Sopade, in einem Manifest „Für Deutschland – gegen Hitler!“ mit der Politik der Nationalsozialisten ab. Der „Vorwärts“ ist schon lange verboten, deshalb wird es im „Neuen Vorwärts“, der im tschechoslowakischen Karlsbad nah der Grenze zu Deutschland erscheint, am 2. Februar 1936 auf der Titelseite veröffentlicht.

Hitler habe dem deutschen Volk die Freiheit versprochen. Er habe ihm den Zuchthausstaat gebracht, heißt es im Manifest. Keines der Versprechen, die Hitler in seiner Antrittsrede gegeben habe, habe er gehalten. Detailliert wird die Lage in Deutschland geschildert. Die Demokratie sei durch eine Diktatur ersetzt, das Land sei gleichgeschaltet. Freiheit existiere nicht mehr. Es werde ein „Ausrottungskrieg gegen die Juden“ geführt. Nur eine frei gewählte Volksvertretung, die aus sich heraus eine neue, dem Volk verantwortliche Reichsleitung schaffe, könne Deutschland vor dem Untergang bewahren. Am Ende des Manifests ruft die Sopade zum Sturz der Despotie auf. „Freiheit und gleiches Recht für alle die, die Freiheit und gleiches Recht für alle wollen, unerbittlicher Kampf gegen alle Feinde der Freiheit und des gleichen Rechts!“

Der SPD-Vorstand flieht 1933 nach Prag

Der Exil-Vorstand der Sozialdemokraten konstituiert sich 1933 in Prag unter der Führung der SPD-Chefs Otto Wels und Hans Vogel. Wichtige Mitarbeiter sind unter anderen Vorwärts-Chefredakteur Friedrich Stampfer, Siegmund Crummenerl, Erich Ollenhauer, Rudolf Hilferding, Curt Geyer, Erich Rinner und Fritz Heine. Von dort aus führen sie den



Eines der seltenen Fotos aus der Prager Emigration: Erich Ollenhauer, Hans Vogel, Vorwärts-Chefredakteur Friedrich Stampfer, Otto Wels, Albert Grzesinski und Siegmund Crummenerl (v.l.). Sie arbeiteten in der Exil-SPD „Sopade“ zusammen.

SPD PRANGERT VERBRECHEN DER NAZIS AN

VOR 85 JAHREN Drei Jahre nach der Machtergreifung rechnet der Exil-Vorstand der SPD 1936 in Prag mit der Politik und den Machenschaften der Nazis ab. Grundlage sind die Deutschland-Berichte, die mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Reich sammeln und weitergeben

Von Thomas Horsmann



Der „Neue Vorwärts“: Am 2. Februar 1936 erscheint hier das Manifest.



Haus Rizikova Nr. 9 in Prag: In der dritten Etage arbeiten bis 1938 der Exil-Vorstand der SPD und die Vorwärts-Redaktion.

politischen Kampf gegen die Nazierrschaft, unterstützen politisch Verfolgte und halten die nun illegalen Parteistrukturen in Deutschland aufrecht. Die Sopade sorgt auch dafür, dass die Verbrechen der Nazi-Diktatur öffentlich werden.

Die Erkenntnisse der Sopade in Prag beruhen auf Mitteilungen aus Deutschland. Die Informationen sammeln mutige Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und geben sie an sogenannte Grenzsekretäre weiter. Diese gibt es seit 1934, um die Kontakte aus dem Exil zu den SPD-Bezirken in Deutschland zu halten. Sie gehören zu den wichtigsten Sammelstellen für Informationen aus dem Reich. Das Sammeln funktioniert so gut, dass die Meldungen bald Waschkörbe füllen. Zu Beginn sind es eher Gerüchte, die den Weg nach Prag finden, später verläuft die Informationsbeschaffung systematisch und solide.

Die Deutschland-Berichte erscheinen bis 1940 monatlich

Die Meldungen werden von Rinner und Heine im Mosaikverfahren ausgewertet, d. h. die Berichte werden genau verglichen, um einen halbwegs verlässlichen Überblick über die Lage zu gewinnen. Daraus werden „Deutschland-Berichte“ erstellt, die im Teil A auf 70 bis über 100 Seiten Meldungen aus Deutschland enthalten. Im Teil B kommen Analysen und Hintergrundberichte hinzu.

Die „grünen Berichte“, die wegen der Farbe ihres Umschlags so genannt werden, sind in der Regel von Rinner verfasst, während Heine die Organisation und Verbreitung übernimmt. Die Auflage beträgt anfangs 450 Stück, zu Hochzeiten sind es 1.700, die an ausländische Dienststellen und Politiker geliefert werden. Finanziert werden die Berichte durch den Verkauf. Der Parteivorstand kann so gut wie keine Zuschüsse geben. Die Deutschland-Berichte erscheinen von 1934 bis 1940 monatlich, zunächst in Prag, ab 1938 in Paris bis zur Besetzung durch die Nazis. ■

FOTOS: FES/ADSD (2); DIRK BLEICKER/VORWÄRTS

VORWÄRTS-IMPRESSUM

Die Zeitung der deutschen Sozialdemokratie gegründet 1876 von W. Hasenclever und W. Liebknecht

Herausgeber: Lars Klingbeil **Redaktionsadresse:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 610322, 10925 Berlin; Tel. 030/25594-100, Fax 030/25594-192, E-Mail: redaktion@vorwaerts.de **Chefredakteurin:** Karin Nink (V.i.S.d.P.) **Redaktion:** Kai Doering (stellv. Chefredakteur); Lars Haferkamp (Textchef); Dagmar Günther (CvD); Vera Rosigkeit, Jonas Jordan, Benedikt Dittrich; Julia Korbik (freie Mitarbeit)

Fotografie, Bildredaktion und Titelformatierung: Dirk Bleicker **Layout:** Jana Schulze

Geschäftsführung: Karin Nink, Kerstin Thomborg **Anzeigen:** ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Thomas Mühlneckel (Geschäftsführung), Kerstin Böhm, Simone Roch, Henning Witzel; Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 44 vom 1.1.2021 **Vertrieb:** ASK, Stefanie Martin, Tel. 030/7407316-61, s.martin@ask-berlin.de

Litho: metagate Berlin GmbH **Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Abonnement: IPS Services GmbH, Postfach 1331, 53335 Meckenheim; Tel. 02225/7085-366, Fax -399; bei Bestellung Inland: Jahresabopreis 13,20 Euro; für Schüler/Studenten 10,80 Euro; alle Preise inkl. Versandkosten und 7 Prozent MwSt.; Ausland: Jahresabopreis 13,20 Euro zzgl. Versandkosten. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. Für SPD-Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten (bei Änderungen bitte an den SPD-UB wenden).

Bankverbindung: Berliner Sparkasse, BIC BELADEBEXXX, IBAN DE67 1005 0000 0190 5279 94

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadensersatz oder Minderung des Bezugspreises. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen wird keine Haftung übernommen.

Mitteilung nach § 7a Berliner Pressegesetz: Alleiner Gesellschafterin der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH ist die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin, deren Gesellschafter sind Dietmar Nietan, Berlin, als Treuhänder für den Treugeber Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) mit 94,67 Prozent und die Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Berlin, als Treuhänderin für den Treugeber Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) mit 5,33 Prozent.

Sponsoring/Anzeigen: Der Berliner vorwärts-Verlag (BvVG) hat sich entschieden, Transparenz zu zeigen und veröffentlicht seit 2017 freiwillig auf vorwaerts.de Sponsoren und Anzeigenkunden. Der Verlag folgt damit auch einem Beschluss des SPD-Parteivorstandes von Dezember 2016.



Die Gesuchte 1976 auf der SPD-Fachkonferenz „Familie“ im Gespräch mit SPD-Chef Willy Brandt (r.) und Schwedens Ministerpräsident Olof Palme

WER WAR'S?

»Klagt nicht, organisiert euch!«, lautete ihr Motto. So wurde sie die erste Vorsitzende der SPD-Frauen

Von Lothar Pollähne

Als sie 1957 zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt wird, eilt ihr der Ruf voraus, genau zu wissen, „wo die Menschen der Schuh drückt“. Als Jugendfürsorgerin in ihrer Geburtsstadt Bielefeld liegen ihr vor allem die Nöte der Kinder am Herzen. Die hat sie als Kind einer sozialdemokratischen Familie während der Nazijahre selbst erlebt.

Geboren wird sie am 17. Januar 1921. Mit neun Jahren wird sie Mitglied der „Kinderfreunde“. 1933 erlebt sie die Zerschlagung dieser Organisation hautnah mit. Nach dem Schulbesuch macht sie eine kaufmännische Lehre und arbeitet danach als Buchhalterin bei den Stadtwerken Bielefeld. 1945 wird sie Mitglied der SPD und der AWO, an deren Wohlfahrtsschule in Mannheim sie von 1950 bis 1952 eine Ausbildung zur Wohlfahrtspflegerin absolviert. Die Sozialpolitik bleibt auch im Bundestag ihr Themenfeld, das sie engagiert und zuweilen auch lautstark vertritt.

Als Sozialexpertin wird sie 1969 Mitglied des Fraktionsvorstands und wirkt von 1977 bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag drei Jahre lang als Parlamentarische Geschäftsführerin. 1973 wird sie Mitglied des Parteipräsidiums und Vorsitzende der frisch gegründeten „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen“. In dieser Funktion kämpft sie zwar vehement für Lohngleichheit, Forderungen nach der „Hälfte des Himmels“ sind jedoch nicht ihre Sache. Jammern aber auch nicht. Ihre Devise lautet ihr langes Leben lang: „Klagt nicht, organisiert euch!“ Politisch engagiert bleibt sie bis ins hohe Alter. Sie stirbt am 4. Juni 2016 in ihrer Geburtsstadt Bielefeld. ■

Unter allen Einsendern verlosen wir eine vorwärts-Tasche. Bitte schicken Sie das Lösungswort mit dem Stichwort „Wer war's“ bis 8. März 2021 per Post oder per E-Mail an: redaktion@vorwaerts.de

HISTORISCHES BILDER-RÄTSEL

Die Lösung des Bilder-Rätsels aus der vergangenen Ausgabe lautet: **WILLI EICHLER**. Die vorwärts-Tasche hat gewonnen:

Olga Schreyer
50189 Elsdorf



Die Lösung des jüngsten Preisrätsels lautet: **TREND**. Gesucht wurden außerdem: **REUTER** und **APENRADE**. Jeweils ein Buch gewannen:

Waltraud Putschke
35274 Kirchhain

Reinhard Berron
72070 Tübingen

Karin Schmidt
14547 Fichtenwalde

Hermann Frank
22529 Hamburg

Irene Preschle
77971 Kippenheim

Dietmar Pels
51109 Köln

Marie Loan
15230 Frankfurt (Oder)

Michael Gleißner
90455 Nürnberg

Dorothea Ender
35519 Rockenberg

Udo Hellmann
42897 Remscheid

KREUZWORTRÄTSEL

Die Fragen und das Kreuzworträtsel darunter ergeben die Lösung.

Der wohlhabende Kaufmann... war nicht nur ein wichtiger Geldgeber der Partei, sondern auch Reichstagsabgeordneter, Fraktionsvorsitzender und Mitbegründer des „Vorwärts“. Sein Nachname?

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

Geboren und aufgewachsen... ist er in einer Stadt, die nach Kriegszerstörung, alliierter Besatzung und langer Teilung heute wieder politischer und kultureller Mittelpunkt des Landes ist.

1	2	3	4	5	6
---	---	---	---	---	---

ES GIBT ZWEI WEGE, DAS PREISRÄTSEL ZU LÖSEN:

Ratefüchse beantworten zuerst die beiden Fragen. Der erste und fünfte Buchstabe des ersten Lösungswortes sowie die letzten drei Buchstaben des zweiten Lösungswortes ergeben in der richtigen Reihenfolge die Lösung. Es geht aber auch einfacher: **Die grauen Felder im Kreuzworträtsel ergeben in der richtigen Reihenfolge das Lösungswort.** Gesucht wird ein Begriff aus der Biologie, der in der Optik von größter Bedeutung ist.

1	2	3	4	5
---	---	---	---	---

1	2		3	4	5		6		7		8
			9				10				11
12		13			3				14		
15							16	17			
18				19							
20			21				22		23		24
		25		26		27			2		
28	29							30			1
			31								
32		33					34			35	
36				37			38				
39						40					
				41							

WAAGERECHT

- 1 poet.: Vogelflügel
- 9 Handelsbrauch
- 10 Tierlippe
- 12 deutscher Schriftsteller (Erich)
- 14 langweilig; schlecht gewürzt
- 15 Fuß- oder Handrücken
- 16 Fluss zur Rhone
- 18 Himmelsrichtung
- 19 kalte italienische Würzpaste
- 20 Stadt am Oberrhein
- 22 starker innerer Drang; äußerer Druck

25 dt.-amerikanischer Physiker (Albert)

- 28 Warenart; Wertgruppe
- 30 kostbar; menschlich vornehm
- 31 hoch achten
- 32 britischer Popmusiker (Ringo)
- 34 heißes Rumgetränk
- 36 aufgebrühtes Heißgetränk
- 37 Gebiete jenseits des Meeres
- 39 sich täuschen
- 40 Ausruf des Verstehens
- 41 Guten Tag sagen

SENKRECHT

- 2 ugs. abwertend: altes Auto
- 3 Ungeordnetes
- 4 tatsächlicher Vorrat
- 5 Unsinn
- 6 kleiner Karpfenfisch, Pfrille
- 7 menschenähnliches Säugetier
- 8 Ansprache, Vortrag
- 11 russische Monarchin
- 12 Schwertliliengewächs, Frühlingsblüher
- 13 Frauenname; Buch im Alten Testament
- 17 und auch
- 21 Hohlmaß
- 23 verschieden
- 24 ausgedehntes Gastmahl
- 26 Landstreifen zwischen Meer und Haff
- 27 Teilgebiet des Bauwesens
- 29 Wassermarder
- 32 Schreibart; Kunst-richtung
- 33 Zeitalter
- 34 Rasenpflanze
- 35 nordische Währung
- 38 Lebensbund

Die richtige Lösung schicken Sie bitte bis zum 8. März 2021 per Post an vorwärts, Postfach 610322, 10925 Berlin oder per E-Mail an raetsel@vorwaerts.de. Bitte Absender nicht vergessen und ausreichend frankieren! Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir zehn Bücher.

WARUM GIBT ES KEINEN »SOCIAL SUNDAY«?

REFORMPOLITIK Das Soziale hat es gegen das Ökologische gerade nicht so leicht. Dabei sind Mensch und Umwelt doch kein Widerspruch. Oder?

Von Martin Kaysh

Wer erklärt meiner Vermieterin, dass sie in meiner Garage eine Ladestation fürs E-Auto einrichten muss? Sie sollte aber dafür nicht gleich brutal die Miete erhöhen. Nebenbei könnte man sie davon überzeugen, auf dem Dach Solarzellen zu montieren. Das hat sie bei der letzten Renovierung vor acht Jahren irgendwie vergessen.

Toll wäre, wenn es dann noch gelingt, meine Heizung umzustellen. Ich kann es mir als Mieter ja nicht aussuchen. Die Wärme könnte statt im Kohlekraftwerk nebenan mit der Reibungswärme der Windradgetriebe am Stadtrand erzeugt werden. Gut, durch den Klimawandel sollen die Winter mittelfristig milder werden. Wenn wir nichts tun, erledigt sich das Problem der Winterkälte irgendwann von alleine.

Es ist etwas peinlich, aber ich kann da wie Zigmillionen anderer Wenigergutverdiener in Umweltfragen nicht frei entscheiden. Das war schon in den 80er Jah-

ren des 20. Jahrhunderts so. Zwar gab es tolle Umweltvorschriften, aber ich musste als Student mit einem spritfressenden Hubraumriesen der vorletzten PKW-Generation rumgurken. Sparsamkeit muss man sich erst mal leisten können.

Das Soziale hat es gegen das Ökologische gerade nicht so leicht. Ihm fehlen magische Bilder für die sozialen Netzwerke. Mag sein, dass ein Amazon-Saisonarbeiter in einer Schlichtwohnung haust. Will er auf die Not hinweisen, sollte er sich jedoch einen schwer abbaubaren Plastikstrohhalm ins Nasenloch stechen und dieses Bild bei Instagram posten.

Auch das würde scheitern. Zwecks Skandalisierung müsste er dabei auch noch im smaragdgrünen Wasser der Malediven dümpeln. Allein, mit elf Euro Stundenlohn brutto schaffst Du es gerade mal zum Möhnesee im Sauerland.

Wir feiern die Fridays for Future und vergessen darüber, dass die Woche



»
Sparsamkeit
muss man
sich erst mal
leisten
können.«

Martin Kaysh

sieben Tage hat. Warum gibt es eigentlich keinen „Wednesday for Workers“, den Mittwoch der Malocher, oder einen „Social Sunday“? Umwelt und Soziales sind kein Widerspruch, sie sind ja nicht Kapital und Arbeit.

Dabei betreibt etwa Bundesumweltministerin Svenja Schulze ihre Arbeit konsequent fachkundig. Wäre man geschichtslos, könnte man sie dabei für eine Fastgrüne halten.

Dass es beim Schutz der Umwelt nicht zuerst um bedrohte Insekten geht, sondern um Menschen in der bedrohlichen Welt, weiß man in der SPD spätestens seit dem 28. April 1961. Vielleicht wurde an dem Tag nicht der Umweltschutz erfunden, aber er bekam ein megastarkes Bild.

„Erschreckende Untersuchungsergebnisse zeigen, dass im Zusammenhang mit der Verschmutzung von Luft und Wasser eine Zunahme von Leukämie, Krebs, Rachitis und Blutbildveränderungen sogar schon bei Kindern festzustellen ist“, sagte Willy Brandt beim Parteitag. „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden!“

Acht Jahre später wurde er Bundeskanzler, erst 19 Jahre später gründete sich die Partei mit dem Grünen im Namen. ■



Martin Kaysh
ist Kabarettist,
Alternativkarnevalist
(„Geierabend“) und
Blogger. Er lebt im
Ruhrgebiet, freiwillig.

ILLUSTRATION: CHRISTINA BRETSCHNEIDER; FOTO: STANDOUT



Heiko Sakurai
ist Karikaturist und
gebürtiger Ruhrpottler,
lebt aber in Köln, auch
freiwillig.



DIE AGENTUR AN Eurer SEITE



TEXTE

- Pressemitteilungen
- Broschüren & Flyer
- Magazingestaltung



GRAFIK

- Layouts
- Infografiken
- Gestaltung von Flyern & Broschüren
- Logoentwicklung
- Corporate Designs
- Einbindung ins Druckportal



VIDEO

- Imagefilme & Interviews
- Animationen & Tutorials
- Webstudiokonzeption & -beratung



KAMPAGNEN

- Strategieentwicklung
- Coaching von Kandidat*innen
- Kampagnenplanung
- Kreation
- Digitaler Wahlkampf
- Social Media
- Plakate
- Spots
- Mediaplanung



PODCASTS

- Konzeption
- Beratung
- Coaching
- Sounddesign
- Technische Umsetzung
- Postproduktion
- Full-Service-Koordination
- Vermittlung Sprecher*innen



EVENTS

- Digital, hybrid & vor Ort
- Parteitage
- Wahlkampftouren
- Kongresse
- Markeninszenierung
- Konzeption
- Teilnehmer*innenmanagement



SPONSORING

- Anzeigenvermarktung
- Parteitags-Sponsoring
- Event-Sponsoring

EURE ANSPRECHPARTNER:

Thomas Mühlnickel

Geschäftsführer
muehlnickel@ask-berlin.de

Dennis Eighteen

Leiter Kommunikation und Neugeschäft, ppa.
eighteen@ask-berlin.de



ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, Tel.: 030 740 731-600

WWW.ASK-BERLIN.DE

Warme Steppjacken in tollen Farben!

- Ultraleicht, bequem, bei kalten Temperaturen angenehm warm
- Mit praktischer Kapuze
- Pflegeleicht und funktionell
- Obermaterial: 100% Polyamid
- Futter und Wattierung:

100% Polyester


Herren Steppjacke

marine	Art.-Nr. 62.246.545
blau	Art.-Nr. 62.246.558
anthrazit	Art.-Nr. 62.246.561
bordeaux	Art.-Nr. 62.246.574

Größen

M	L	XL	XXL	3 XL
---	---	----	-----	------


Das sagen Kunden:
„Superschicke Jacke!“

Eine tolle Jacke! Für jeden Zweck einsetzbar! Gute Passform!

[Mehr Bewertungen online](#)

 UVP*-Preis 99,-
Personalshop-Preis 29,99

NEUKUNDEN-PREIS
€ 22.49

 Sie sparen € 76,51
gegenüber dem UVP*

**Angenähte,
wattierte Kapuze**
Für Herren


blau

**Zwei seitliche
Reißverschlusstaschen**

bordeaux



anthrazit



marine

**Reguliert
Körperwärme**
BESTELLSCHEIN D30512 mit 30 Tage Rückgaberecht
Bestellen leicht gemacht!

bestellen@personalshop.com

☎ 0 69 / 92 10 110

FAX 069 / 92 10 11 800

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	NEUKUNDEN- PREIS
			Nordcap Herren Steppjacke	€ 22,49

 Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr

Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,99

Name, Vorname:

Straße / Nr.:

PLZ / Ort:

Geb. Datum:

E-Mail:

**25% Rabatt auf ALLES erhalten Sie auf
www.personalshop.com**

SO SPAREN SIE 25%:

1. Loggen Sie sich mit Ihrem PIN-Code **D30512** im Shop ein.
2. Ihr 25% Rabatt wird automatisch bei allen Artikeln berücksichtigt.
3. Schicken Sie Ihre Bestellung ab!

25%
**Neukunden-Rabatt
auf ALLE Artikel!**

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6404 Polling in Tirol, Gewerbezone 16, Tel: 069 / 92 10 110, Fax: 069 / 92 10 11 800, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet. Impressum: Servus Handels- und Verlags-GmbH, Gewerbezone 16, A-6404 Polling in Tirol.

**Gleich einsenden an:
Personalshop
Bahnhofstraße 500
82467 Garmisch-P.**
5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

Wir verwenden Ihre E-Mail-Adresse, um Sie über Aktionsangebote zu informieren. Dem können Sie jederzeit widersprechen.

 * Stappreise beziehen sich auf unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP). Solange der Vorrat reicht.
 ** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com